

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,50 Mark monatlich, 1,50 Mark vierteljährlich, 5,00 Mark halbjährlich, 10,00 Mark jährlich. Einmalige Beiträge: 1,00 Mark. Die Preise sind für den Postweg zu erhöhen. Die Redaktion ist für den Inhalt der Beiträge nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für den Inhalt der Beiträge nicht verantwortlich.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die Vertheilung des Blattes über den Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berichterstattungen 30 Pf. für „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Honorar 20 Pf. (zuzüglich 3 festgesetzte Honorare), jedes weitere Wort 10 Pf. Einmalige Beiträge und Einmalbeiträge haben das doppelte Honorar. Beiträge für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Sonntagsausgabe: SW. 68, Lindenstraße 3. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Deutschland - Mexiko - Amerika.

Das mexikanische Abenteuer.

Neuaufteilung Amerikas? - Verschärfte Kriegsstimmung!

Präsident Wilsons Verlangen nach unbeschränkter Vollmacht hat mit der Ankündigung an den unbeschränkten U-Boot-Krieg nicht den Hebel gewonnen, der ihn glatt ans Ziel brachte. So hat der Präsident es für nötig erachtet, gegen den Widerstand, der ihm den schärfsten Schritt hemmte, schwereres Geschütz aufzuführen. Er setzte die Hochexplosivbombe des deutsch-mexikanischen Bündnisplans ein, und nun geben die Republikaner des Senats, an denen zunächst die Sprengkraft des neuen Mittels erprobt wurde, der republikanischen Opposition des Repräsentantenhauses das Signal zum Aufgeben ihrer Haltung. Der Sturm wird zu wilden Flammen aufgeblasen, und er wird schaffen, was der Präsident haben wollte.

Was den Bündnisplan angeht, so hat eine Erklärung von deutscher Seite gestern den Sachverhalt klargestellt. Ob der Gedanke, der dem Plan zugrunde liegt, zu denen gehört, die man in die Rubrik der „berühmte Geschehen“ rechnet, oder ob man ihn anders zu rubrizieren hat, darauf läßt sich schon auf Grund dieser Skizze eine Antwort geben. Auch die Wirkung, die der Plan zunächst für die Wünsche des Präsidenten Wilson gehabt hat, wird den Ton dieser Antwort mitzubestimmen haben.

Die Darstellung, auf die sich die geistige Erklärung bezog, war von der „Associated Press“ gegeben und Staatssekretär Lansing hat sie bestätigt. Nach Mitteilung Reuters hat sie folgenden Inhalt:

Als Deutschland den unbeschränkten U-Boot-Krieg plante, schlug es Mexiko und Japan ein Bündnis vor für den Fall, daß die Vereinigten Staaten nicht neutral bleiben würden. Mexiko sollte bei Japan einwirken, daß dieses seine Alliierten im Stich ließ und sich an dem Angriff gegen Amerika beteiligte. Als Lohn sollte Mexiko Deutschlands finanzielle Unterstützung sowie Texas, Neu-Mexiko und Arizona (?!), weiter seinen Anteil an den Bedingungen des strengen Friedens haben, den Deutschland erreichen würde. Die Realisierung der Einzelheiten wurde dem deutschen Gesandten in Mexiko von Eckhardt überlassen, der in einer von Staatssekretär Zimmermann unterzeichneten Anweisung vom 18. Januar beauftragt wurde, Carranza ein Bündnis mit Mexiko vorzuschlagen und ihn einheim zu stellen, daß Mexiko Japan in die Befreiung von Mexiko einwirken sollte. Seine Antizipation wurde Herr von Eckhardt von dem Reichsminister Grafen Bernstorff zugestimmt, der damals sich eben anschickte, mit seinem Geleit nach Hause zurückzukehren. Deutschland stellte es Mexiko so dar, als ob England geschlagen sei und als ob Deutschland durch den unbeschränkten U-Boot-Krieg die Welt beherrsche. Eine Abschrift der Anweisung ist in den Händen der amerikanischen Regierung.

Die Enthüllung hat nach Angaben, die dem „Volk-An“, aus dem Haag gemeldet werden, aufs härteste eingeschlagen. Die Spannung im Lande sei so gewaltig gewesen, als ginge es um das Ergebnis des Wahlkampfes. Im Senat sagte Lansing - immer nach Meldung Reuters - zu der Zimmermann-Note:

Wir glauben nicht, daß Japan davon wüßte oder daß es irgendwelche Vorschläge Mexikos berücksichtigen wird. Ich vertraue, daß Mexiko sich nicht dazu hergeben wird, wegen der freundschaftlichen Beziehungen zu diesem Lande unter der jetzigen Regierung von Carranza. Was die Verschönerung im allgemeinen betrifft, so wissen wir, daß sie hauptsächlich besteht. Aber wir können nicht alle Einzelheiten veröffentlichen, ohne das Leben derer, die uns diese Mitteilungen verschaffen, zu gefährden.

Als die Zimmermann-Note im Senat erörtert wurde, teilte Senator Snodgrass mit, daß der Präsident ihn ermächtigt habe, zu sagen, daß der Wortlaut, wie er von der „Associated Press“ übermittelt wurde, der Hauptsache nach richtig gewesen sei. Lodge brachte im Senat eine Entschließung ein, die Wilson bittet, dem Senat mitzuteilen, ob die Zimmermann-Note so authentisch sei, und wenn ja, ob es im allgemeinen Interesse liege, daß weiteres Material, worüber die Regierung verfüge und das sich auf die deutschen Bemühungen gegenüber Mexiko beziehe, zu veröffentlichen. Die Entschließung wurde dem Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten zugewiesen, der darüber berichten wird.

Nach „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet „Daily Telegraph“ aus New York, daß der Brief an den deutschen Gesandten in Mexiko in Graf Bernstorffs Handgeheft dem Kurier übergeben worden sei, der in des Grafen Dienst stand. Der Brief sei durch einen Agenten des amerikanischen Geheimdienstes abgefangen worden.

Der Kampf um die Vollmachten.

Washington, 1. März. (Reutersmeldung.) Das Repräsentantenhaus hat, wie bereits gemeldet, mit 163 gegen 13 Stimmen eine Bill angenommen, die den Präsidenten ermächtigt,

Ganbelschiffe zu bewaffnen, aber ihm nicht das Recht gibt, andere Mittel (nämlich: other instrumentalities) in Anwendung zu bringen, die Wilson besonders wünscht. Wenn die Bill des Repräsentantenhauses morgen an den Senat gelangt, wird die Bill des Senats, die die Regierung in jeder Beziehung empfiehlt, an ihre Stelle gesetzt werden, und man erwartet, daß sie schließlich von beiden Häusern angenommen werden.

Washington, 2. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der Senat nahm einen Zusatzantrag zum Flottenhaushalt an, nach dem alle Bewilligungen sofort anstatt erst im Juli in Kraft treten. Senator Lodge, der mit Nachdruck für die Annahme eintrat, sagte dabei: Das Land ist in einer Lage, die den Krieg in Kürze herbeiführen kann. Der Senat nahm ferner einen Zusatzantrag zur Errichtung einer weiteren Schiffswerft an der Küste des Stillen Ozeans an und billigte einstimmig die Streichung der Klausel, wonach die Vereinigten Staaten ihre internationalen Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht beizulegen haben. Der Senat nahm endlich ein Gesetz an, das die Bewilligung von 535 Millionen Dollar auspricht.

Washington, 2. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der Senat nahm eine Vorlage an, die 150 Millionen Dollar Fonds für den Ausbittelfonds, 115 Millionen für den Präsidenten zur Bekämpfung des Schiffbaues und 35 Millionen für die Vermehrung der Härtseebote vorsieht.

Der Zimmermann-Brief.

Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus dem Haag berichtet wird, verbreitet Reuters nach der „Associated Press“ den Wortlaut des Briefes, den Staatssekretär Zimmermann an den deutschen Gesandten in Mexiko von Eckhardt gerichtet hat, wie folgt:

Berlin, 18. Januar. Am 1. Februar werden wir den unbeschränkten U-Boot-Krieg beginnen, trotzdem hat man die Absicht, Amerika neutral zu halten. Wenn diese Bemühungen nicht gelingen, so schlagen wir ein Bündnis mit Mexiko

auf folgender Grundlage vor: Wir werden gemeinschaftlich Krieg führen und Frieden schließen. Wir würden eine allgemeine finanzielle Unterstützung gewähren, und es wird angenommen, daß Mexiko das verlorene Gebiet von Neu-Mexiko und Arizona zurückbekommt. Einzelheiten der Ausführung werden Ihnen überlassen. Sie haben den Auftrag, Carranza im strengsten Vertrauen (!) zu sondieren und, sobald es gewiß ist, daß ein Krieg mit Amerika ausbrechen wird, ihm den Wind zu geben, er möge sich aus eigener Initiative

mit Japan in Verbindung setzen, dieses Land zum Anschluß auffordern und gleichzeitig seine Vermittlung zwischen Japan und Deutschland anbieten. Denken Sie die Aufmerksamkeit Carranzas darauf, daß die Durchführung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges es möglich macht, England niederzwingen und innerhalb weniger Monate zum Frieden zu bringen. Unterschrift: Zimmermann.

Reuters behauptet, daß dieses Dokument (an dessen Echtheit wir zweifeln, solange ein Zweifel möglich war. Red. d. V.) in den Händen Wilsons gewesen sei, als er die Beziehungen zu Deutschland abbrach. Es sei eine ausreichende Antwort auf die Klage des Reichskanzlers, daß Amerika kurzerhand die Beziehungen abgebrochen habe, ohne Gründe für dieses Vorgehen anzugeben. Reuters sieht in diesem Dokument einen Beweis dafür, daß Deutschland seine U-Boot-Basis auf mexikanischem Gebiet im Golf von Mexiko habe. Ebenso werde dadurch die Vermutung bestärkt, die bereits von amerikanischen Heerführern bekannt geworden sei, daß, wenn Japan jemals einen Einfall in Amerika mache, dies wahrscheinlich durch Mexiko in das Mississippi-Tal geschehen werde, um so das Land in zwei Teile zu reißen.

Was sagt Japan?

Tokio, 6. März. Wie dem „Main“ aus Washington gemeldet wird, erklärte der japanische Gesandte offiziell, er beabsichtige das deutsche Komplotz als eine Ungeheuerlichkeit. Japan wird einem derartigen Vorgehen niemals seine Beihilfe leisten.

Soweit die vorliegenden Nachrichten! Die Lage ist um so weniger erfreulich, als der Versuch eben im Versuch stecken geblieben ist. Der Gedanke, im Verlauf des Krieges eine Neuaufteilung Amerikas herbeizuführen oder auch der, durch mexikanische Vermittlung Japan auf die Seite der europäischen Mittelmächte zu ziehen, ist verblüffend. Es ist so richtig, wenn in einem Teil der deutschen Presse gesagt wird, Deutschland habe das Recht, für den Fall eines Krieges Bündnisse mit anderen Mächten zu suchen. Aber

eine andere Frage ist, ob es unter allen Umständen angebracht ist, das zu tun, zumal wenn die Wege, die man dabei gehen muß, so unsicher sind wie in diesem Falle. Die von den Amerikanern aufgegriffene Instruktion stammt aus der Mitte des Januar, also aus einer Zeit, wo die Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika noch „so gut“ waren, wie noch nie seit dem Jahre 1870. Das wird im Ausland Anlaß zu nicht unbedingt freundlichen Kommentaren geben, und überdies wird der amerikanische Nationalstolz den Bündnisplan als eine Einmischung in amerikanische Angelegenheiten und als einen Angriff auf die heilige Monroe-Doktrin empfinden.

Auf alle Fälle ist das Kapitel Mexiko ein Stück jenes Abschnitts der auswärtigen Politik, von dem Genosse Scheidemann am 27. März gesagt hat, daß die sozialdemokratische Fraktion jede Verantwortung für sie ablehne.

Am Montag wird sich der Reichstagsauschuß mit Herrn Zimmermann über die Sache unterhalten.

Verbrüderung mit den Flamen.

Der Reichskanzler empfängt flämische Aktivisten.

Der Reichskanzler empfing gestern mittag eine Delegation des Rates für Flandern, der am 4. Februar 1917 in einer Versammlung aller aktiven flämischen Gruppen gewählt worden war. Die Abordnung überbrachte die Wünsche und Bitten des Rates für Flandern, die dieser allen kriegsführenden und neutralen Staaten durch seinen Aufruf vom 4. Februar 1917 zur Kenntnis gebracht hatte. Der Sprecher der Abordnung trug das flämische aktivistische Programm einer inneren Autonomie Flanderns auf der Grundlage der niederländischen Sprache und Kultur vor. Er erinnerte an die Rede des Reichskanzlers vom 5. April 1916, an die bisherigen dankenswerten Maßnahmen des Generalgouverneurs und bat um die weitere Durchführung dieser auf der Grundlage der internationalen Rechtsbestimmungen getroffenen Maßnahmen.

Der Reichskanzler erwiderte: Meine Herren! Ihren Wunsch nach einer persönlichen Aussprache bin ich gern entgegengekommen. Herzlich heiße ich Sie in des Reiches Reiches Hauptstadt willkommen als die Vertreter eines durch Blut und Sprache verbundenen Volkes, mit dem in den Zeiten der reichsten Blüte germanischer Kultur und politisch, kulturell und wirtschaftlich enge Beziehungen existieren. Ich brauche nur die Namen Augsburg und Antwerpen, Brüssel und Brügge zu nennen, und in uns allen erwacht aus dem Sattel vergangener Zeiten das Bewußtsein einer Verwandtschaft und Brüdergemeinschaft, die beide Völker verbindet.

Die verträumten Worte, die Sie saßen an mich richteten, finden deshalb in mir, und ich glaube wohl in jedem Deutschen, herzlichen Widerhall. Das flämische Volk hat jahrhundertlang Bahnen gehen müssen, die immer weiter von uns wegführten und von denen kommunistische Denker und Dichter Ihres Volkes uns sagen, daß es Leidenswege gewesen sind. Heute folgt es Gott, daß mitten im blühenden Kampfe Deutsche und Flamen sich befreundet haben, daß in dem Ringen gegen das Fortbringen des Weltkriege gleiche Wege uns zu gleichen Zielen führen müssen. Viel Kampf und Arbeit liegt noch vor uns. Das darf und wird nicht ohne uns hundert, Ihnen schon jetzt die Hand zu reichen zu gemeinsamer Arbeit.

Seine Majestät der Kaiser, dem ich von Ihrem Wunsch, mit der Reichsleitung in Verbindung zu treten, Meldung gemacht habe, hat voll aufrichtigen Mitgeföhls für die Schicksale des flämischen Volkes seinen Willen zu erkennen gegeben, den berechtigten, von Ihnen vorgetragenen Wünschen, soweit es die Kriegslage und die militärischen Notwendigkeiten erlauben, entgegenzukommen.

In Ausführung dieser Befehle Seiner Majestät habe ich Ihnen folgendes zu eröffnen: Der Herr Generalgouverneur hat seit langem in Hedeereinstimmung mit mir und in Hedeereinstimmung mit den Worten, die ich im April vorigen Jahres im Reichstage sprach,

berbereitende Maßnahmen

erzogen und eingeleitet, die darauf hingielen, dem flämischen Volke die ihm bisher verweigerte Möglichkeit einer freien, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung zu geben und damit den Grundstein zu legen für diejenige Selbständigkeit, die es zu erringen hofft, aber aus eigener Kraft kaum wird erreichen können. Ich weiß mich daher mit dem Herrn Generalgouverneur einig, wenn ich Ihnen die Versicherung gebe, daß diese Politik, die, wie Sie selbst anführten, mit den Grundgesetzen der internationalen Rechts im Einklang steht, mit allem Nachdruck fortgesetzt wird und noch während der Okkupation mit dem Ziele der völligen Verwirklichung durchzuführen werden wird, wie Sie in beiden Teilen Belgiens schon seit langem gefordert wird. Die Sprachengrenze muß so bald wie möglich zur Grenzschiede gezogen

unter dem Befehl des Herrn Generalgouverneurs geeint, aber sonst getrennter Verwaltungsbereiche werden. Der gemeinsamen Arbeit der deutschen Behörden mit den Vertretern des flämischen Volkes wird es gelingen, dieses Ziel zu erreichen. Die Schwierigkeiten sind nicht klein, aber ich weiß, daß sie überwunden werden können bei selbstloser Mitarbeit aller der Männer unter den Flamen, die in tiefstem Pflichtgefühl erkannt haben, welche Aufgaben ihnen die Vaterlandsliebe in diesen entscheidenden Zeiten stellt.

Daß die Flamen aus sich selbst heraus sich dieser Pflicht bewußt geworden sind, beweist mir Ihre am 4. Februar gefasste Entschluß, und Ihre Einigkeit begrüße ich als die beste Sicherheit für das Gelingen unseres Werkes. Gern werden wir deshalb auch mit dem Rat für Flamen die Mittel beraten, die uns zu dem erstrebten Ziele führen sollen.

Das Deutsche Reich wird bei den Friedensverhandlungen und über den Frieden hinaus alles tun, was dazu dienen kann, die freie Entwicklung des flämischen Stammes zu fördern und sicherzustellen.

Diese Versicherungen nehmen Sie mit, meine Herren, in Ihre eigene Heimat und sagen Sie den Söhnen der „Mutter Flamen“, daß wir Deutsche entschlossen sind, das Unsere zu tun, damit aus Not und Krieg sie zu neuem Blühen erwachen möge.

Die geplanten Maßnahmen sind natürlich nur vorläufige. Soweit sie eine kulturelle Autonomie sichern helfen, können sie den Flamen dauernden Nutzen bringen. Die endgültige Ausgestaltung der inneren Verhältnisse Belgiens nach dem Kriege wird eine Angelegenheit Belgiens selbst sein.

Der Kampf um China.

Was kostet das Wohlwollen der Entente?

Amsterdam, 3. März. Nach einem hiesigen Blatte meldet „Times“ aus Peking, daß die Gesandten der Alliierten der chinesischen Regierung am Mittwoch eine Denkschrift überreichten, in der sie betonen, die Bitte Chinas um Suspension der Zahlungen der Entschädigungsgelder aus dem Lagerbestand und nach einer Reform in wohlwollende Erwägung zu ziehen, wenn China die Beziehungen zu Deutschland und Oesterreich-Ungarn abbreche.

Das Auswechslungs-Abkommen von England aufgehoben.

Die Wahrheit über Rußleben.

Amsterdam, 3. März. Englische Zeitungen vom 22. Februar bringen folgenden Bericht aus dem Oberhaus: Im Oberhaus wurde die Frage der Auswechslung von Zivilgefangenen erörtert. Lord Newton gab die Unrichtigkeit der früheren englischen Berichte über die Verhältnisse in Rußleben an und sagte, man möge wohl ihn selbst der Unschuldigkeit beschuldigen, wenn er erkläre, daß die dortigen Zustände sich wesentlich gebessert hätten, aber jetzt könne sich jedermann von den tatsächlichen Verhältnissen in Rußleben überzeugen, da Engländer, die dort gefangen gewesen seien, inzwischen zurückgeführt seien. Lord Newton nahm auch den Bischof Vuch in Schutz, der wegen seiner Berichte über Rußleben als unzuverlässig und deutschfreundlich angegriffen worden sei.

Lord Newton sagte dann aneinander, daß das Abkommen, welches England mit Deutschland über die Auswechslung von Zivilgefangenen über 15 Jahre geschlossen hatte, suspendiert worden sei. In England sei neuerdings die Auswechslung von Gefangenen den Militär- und Marinegefangenen unterstellt worden, und diese seien dagegen, daß 4000 bis 5000 Engländer gegen 28000 Deutsche in Großbritannien und weitere 11000 Deutsche in den britischen Kolonien ausgewechselt würden. Die Zahl der auszuwechslenden Engländer würde noch geringer, da ein nicht unerheblicher Prozentsatz der Gefangenen in Rußleben nicht nach England zurückkehren, sondern in Deutschland bleiben wolle. Lord Newton bemerkte beiläufig, daß die Transport-schwierigkeiten augenblicklich kaum zu überwinden seien.

Der Erzbischof von Canterbury gab seiner Enttäuschung über Lord Newtons Erklärung Ausdruck. Ueber Rußleben sagte er, die dortigen Zustände könnten nicht mehr in so dunklen Farben geschildert werden, als es noch vor kurzem geschehen sei. Er sei zu diesem Schluß gekommen, nachdem die Berichte des Bischofs Bury und der zurückgeführten Gefangenen zu seiner Kenntnis gelangt seien.

Der Krieg auf den Meeren.

91 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 3. März. Amtlich. Neuerdings wurden von unseren Unterseebooten einundzwanzig Dampfer, zehn Segler und sechzehn Fischerfahrzeuge mit insgesamt einundneunzigtausend Brutto-Registertonnen versenkt.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Versenkt.

Rotterdam, 3. März. Die englischen Dampfer Burnby (2665 Br.-Reg.-T.), Tritonia (4445 Br.-Reg.-T.), der französische Dampfer Cacique (2917 Br.-Reg.-T.), der französische Segler Aléber (277 Br.-Reg.-T.) sowie der griechische Dampfer Victoria (1888 Br.-Reg.-T.) wurden versenkt.

Saag, 2. März. Die Versenkung des grönlandischen Seglers Maria Adriana wird amtlich bestätigt. Ueber die Versenkung eines in Delfzijl beheimateten Seglers namens Alberding, die vom Neuland Grönlandischen Courant gemeldet wird, liegt noch keine amtliche Nachricht vor.

England mildert den Hafenzwang für holländische Schiffe.

Saag, 2. März. Das Korrespondenzbüro meldet, daß eine ganze Anzahl von niederländischen Schiffen, die sich auf der Heimreise befinden, von der britischen Regierung die Erlaubnis erhalten haben, ihre Reise nach Holland fortzusetzen, ohne einen englischen Hafen zu berühren. Die meisten dieser Schiffe hatten in Halifax nähere Instruktionen abgewartet oder werden Halifax anlaufen. Der Dampfer Sibbora des Rotterdamischen Lloyd mit einer gemischten Ladung und Passagieren darf seine Reise von Gibraltar, wo er jetzt liegt, direkt nach Holland fortsetzen. Der Dampfer Billa, der seit dem 8. Februar mit Ladung und Passagieren in Bergen liegt, wird wahrscheinlich auch direkt nach Holland weiterfahren können.

Carsons Ziffern zum U-Boot-Krieg.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung geht in kritischen Berechnungen auf die Ziffern ein, mit denen Carson im Unterhaus die Bedenken wegen des U-Boot-Krieges zu zerstreuen suchte. Sie schließt ihre Kritik mit dem Bemerkten, die Zahlen des englischen Ministers seien nach jeder Richtung weifelhaft und ungeeignet, irgend welche Schlüsse hinsichtlich

Erfundungsbewegung an der Arrasfront — Heftige Gefechte an der Aisne — Sturmstöße bei Woronezhn — Karajowka-Beute.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 3. März 1917. (B. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Tagesanbruch versuchten starke Erfundungsabteilungen der Engländer bei Hully und Vidu, in den Abendstunden an anderen Stellen der Aisne-Front kleine Trupps in unsere Gräben zu dringen; sie sind überall zurückgeschlagen worden.

Auf beiden Aisne-Ufern spielten sich wieder heftige Infanteriegefechte ab, bei denen der Feind neben blutigen Verlusten 60 Gefangene und 8 Maschinengewehre erbeutete.

An der Aisne und in der Champagne scheiterten Vorstöße der Franzosen gegen einige unserer Gräben.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Zwischen Muzt und dem Karocz-See sowie am Stachud war das Artilleriefeuer lebhafter als in den Vortagen.

Bei Woronezhn, westlich von Luck, brachen Sturmtrupps in 2 1/2 Kilometer Breite und 1500 Meter tief in die russische Stellung vor und lehrten nach Zerstörung von Unterständen mit 122 Gefangenen und 4 Maschinengewehren zurück.

Bei dem Vorstoß östlich der Karajowka hat sich die Gefangenenzahl auf 3 Offiziere, 276 Mann, die Beute auf sechzehn Maschinengewehre erhöht.



der Wirksamkeit des U-Boot-Krieges zu tragen. Wenn der Zeitpunkt gekommen sein wird, zu welchem der Admiralstab die Leistungen des U-Boot-Krieges im Monat Februar zu veröffentlichen sich in der Lage sehen wird, dann wird, soviel läßt sich heute schon mit Sicherheit angeben, ein Verhältnis zur Tonnage des englischen Seeverkehrs sich herausstellen, das die aus den Reden der englischen Staatsmänner und den Ausführungen der englischen Presse trotz mancher Beruhigungsversuche hervorgehende schwere Besorgnis voll rechtfertigen wird.

Verkauf spanischer Handelschiffe.

Bern, 2. März. Laut „Tempo“ melden die Madrider Blätter, daß heute ein Erlaß veröffentlicht wird, der den Verkauf von spanischen Handelschiffen an Ausländer gestattet. Für den Verkauf gelten gewisse Einschränkungen. So dürfen nur Schiffe abgegeben werden, die keine Ueberseefahrten machen können.

Polizei mit Maschinengewehren.

Paris, 2. März. In der gestrigen Kammer Sitzung, in der die Kreditgewährungen für den Kleinhandel bewilligt wurden, stellte der Sozialist Brizon gelegentlich eines Antrages auf Entschädigung der Polizeianten unter lebhafter Bewegung die Anfrage an die Regierung, ob es richtig sei, daß die Polizei in Lyon und Paris mit der Handhabung von Maschinengewehren vertraut gemacht werde. Malvy erklärte, dies sei eine Legende.

Apponyi und Hollo.

Graf Apponyi hat im ungarischen Abgeordnetenhaus eine Rede gehalten, in der er im Gegensatz zu dem Vertreter der Karolyi-Partei den Abgeordneten Hollo das Bündnis mit Deutschland als notwendige Grundlage der auswärtigen Politik der Donaumonarchie erklärte. In seiner Auffassung von den bewegenden Kräften Europas unterscheidet er sich aber merklich von der in Deutschland viel verbreiteten Meinung, daß die größte Gefahr von England drohe. Zwar sei das Insektreich unser jähsteter Gegner, aber die Spannung zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits sei nicht so stark gewesen wie die zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland. Graf Apponyi bekannte sich als Anhänger des U-Boot-Krieges, verurteilte die Ausschaltung des Parlaments bei der Befreiung des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Auswärtigen, fand den langfristigen Ausgleich mit Oesterreich unannehmbar und forderte schließlich unter allgemeinem Beifall das allgemeine Wahlrecht.

Oesterreichs Ernährungsorgen.

Graf Lam-Barting sagte einer Abordnung, die wegen der Lebensmittelknappheit vorrückte: In jenen Fällen, wo zwar genügend Lebensmittel vorhanden, aber nur um einen für breite Schichten der Bevölkerung unerschwinglichen Preis erhältlich sind, wäre es möglich, dadurch abzuhelfen, daß durch Mittel, die der Finanzminister zur Verfügung zu stellen sich bereit erklärte, die Lebensmittel für die ärmeren Schichten der Bevölkerung sichergestellt würden. Der Ministerpräsident entwarf in kurzen Worten eine Zusammenfassung der sozialpolitischen Aufgaben der Regierung auf allen Gebieten und erklärte bezüglich der Ernährungsprobleme: Heute leben wir in einer Zeit, und wir müssen durchhalten. Wir werden durchhalten, zwar mit großen Entbehrungen und Opfern, aber wir werden durchkommen. Endlich muß doch Frühling werden und die Dürre wird offen sein und rumanische Getreide wird kommen und mit ihm, so Gott will, eine bedeutende Erleichterung der Ernährungsfrage; endlich wird auch der Friede kommen, aber wir dürfen uns nicht der Täuschung hingeben, daß mit diesem Augenblicke die Nahrungsorgen gebannt sein werden. Dann wird eine vernünftige Produktionspolitik mit einer ebenbürtigen Konsumpolitik in Einklang zu bringen sein. Der Ministerpräsident erneuerte dann die bei der Uebernahme der Regierung abgegebene Erklärung, daß die Regierung den Weg zum Parlament finden wolle, und sprach die Hoffnung aus, daß dies bald möglich sein werde.

Am Schluß der Sitzung stellte der Ministerpräsident in Aus-

An der Front des Generaloberst Erzherzog Joseph und bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen blieb bei anhaltendem Sauerfall die Gefechtsintensität gering. Mazedonische Front. Keine Ereignisse von Bedeutung. Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 3. März. Abends. Keine Kampfhandlungen von Bedeutung.

Der österreichische Bericht.

Wien, 3. März 1917. (B. Z. B.) Amtlich wird verkündet:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Das gestern gemeldete Sturmtruppenunternehmen an der Karajowka brachte 3 russische Offiziere, 276 Mann und 7 Maschinengewehre ein. Ein bei Woronezhn in Böhmen angelegter Vorstoß gleicher Art führte unsere Abteilungen auf 2 1/2 Kilometer Frontbreite und 1 1/2 Kilometer Tiefe in die feindlichen Stellungen und bot Gelegenheit zu wirksamer Zerstörungsarbeit, nach deren Abschluß sie mit 122 Gefangenen und vier erbeuteten Maschinengewehren zurückkehrten.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Sugauer-Nachmitt unterhielt die italienische Artillerie an einzelnen Stellen zeitweise ein lebhaftes Feuer. Eine feindliche Abteilung, die gegen unsere Linien bei Scurelle (am Rajobach) vorging, wurde sogleich wieder in ihre Stellung zurückgedrängt.

Westlich von Triest überschritt eine Tiroler Landsturmtruppe nachts die Raabach, führte einen italienischen Graben westlich von Canave, überwältigte die Besatzung und brachte von dieser Erfundung einige Gefangene zurück.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts zu melden. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Doerfer, Feldmarschallleutnant.

sicht, daß die Regierung die Landesbesitz unterweist anweisen werde, provisorische Maßnahmen zu treffen, um den durch den Krieg am schwersten getroffenen Schichten der Bevölkerung, besonders in der nächsten Zeit die Versorgung mit Lebensmitteln, namentlich mit Fleisch, zu erleichtern. Die notwendigen Geldmittel würden den Landesbesitz vom Finanzminister zur Verfügung gestellt werden. Ueber Schaffung der endgültigen Organisation, die vom Volksernährungsamt bereits eingesetzt ist, werden die Landesbesitz binnen 14 Tagen der Regierung Vorschläge zu erstatten haben.

Die Lage an der Tigrisfront.

Konstantinopel, 2. März. Amtlicher Heeresbericht. Nördlich vom Tigris näherte sich der Feind am 1. März sehr langsam und zögernd unserer Stellung. In dem Kampf vom 26. Februar wurde ein feindliches Kanonenboot durch unser Artilleriefeuer versenkt, ein Panzerautomobil beschädigt und 16 Mann und ein Offizier gefangen genommen.

An den anderen Fronten am 1. März keine Veränderung der Lage. Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Englischer Bericht aus Mesopotamien. Die Verfolgung wird fortgesetzt. Die Türken postierten am Dienstag in großer Unordnung Azizah (7) (vielleicht: Aziz). Die äubere Systematik des Schlachtfelds und bringen blühende Beute ein. Unsere Beute seit dem 23. Februar beträgt 4300 Gefangene, 28 Kanonen, 19 Laufgrabenmörser, 3 türkische Schiffe, 2 Schlepper, 10 leichte Schiffe und 30 Pontons. Seit Dezember wurden im ganzen 7000 Gefangene gemacht.

Die deutsche Schutztruppen-Verlustliste.

Berlin, 3. März. Die neuesten Verlustlisten der kaiserlichen Schutztruppen sind in der preussischen Verlustliste Nr. 769 (1353. Ausgabe vom 26. Februar 1917) und im „Deutschen Kolonialblatt“ vom 1. März 1917 Nr. 3/5 veröffentlicht. Weitere Angaben, als die in diesen Listen enthaltenen, können von zuständiger Seite nicht gemacht werden.

Schwedens russische Kriegsnachbarschaft.

Osenshagen, 2. März. Die Blätter melden aus Stockholm, „Aftonbladet“ berichtet aus Helfsingfors, die russische Militärbehörde beabsichtige die Errichtung einer neuen großen Marinestation bei Vasa an der finnländischen Küste, wo auch die neue strategische Eisenbahn, die gegenwärtig von Petersburg quer durch Finnland gebaut wird, enden solle. Bei Vasa erstreckt sich die Schärenküste acht Meilen ins Meer hinaus, nur zwei bis drei Meilen von der schwedischen Küste entfernt. In Vasa seien bereits mehrere große Marinekasernen im Bau, wofür von der russischen Regierung vorläufig zwei Millionen Rubel bewilligt seien. In der Umgegend von Vasa seien in Bauernhöfen 4000 Soldaten aller Gattungen einquartiert.

Der kürzlich wegen seiner Differenzen mit Branting aus der sozialdemokratischen Reichstagsgruppe ausgeschiedene Genosse Redaktör Christiernson hat am Donnerstag in Upsala einen Vortrag über „die Not des Reiches“ gehalten. Darin hat er erklärt, daß Schwedens politische Lage sich immer mehr verschlechtere; er wies auf die russischen Befestigungen auf Åland und den immer heftiger werdenden Bestimmungskampf zwischen den Großmächten hin. Es sei undenkbar, daß gewisse Kreise der Hochfinanz und die Arbeiterschaft sich dazu vereinigen könnten, die Wehrpflicht im Lande nach Möglichkeit herabzubringen. Man müsse doch Schwedens Lage zwischen zwei kämpfenden Mächtegruppen und die Gefahr bedenken, daß das Land sein Ansehen um so mehr verliere, je mehr man versuche, seine Kraft zu schwächen. Der Redner schloß unter großem Beifall mit rückhaltloser Anerkennung für Hammarströms Neutralitätspolitik. Der Vortrag hat in Schweden großes Aufsehen erregt. Christiernson hat während des Krieges die Genossen lebhaft bekämpft, welche eine ententeschwedische Politik befürworteten und gegen Deutschland Stimmung machten. Er gilt in Schweden als ein ausgezeichneter Kenner aller Fragen der Landesverteidigung.

Die Neutralitätskosten-Vorlage in Schweden.

Stockholm, 3. März. Die gemeinsame Abstimmung der beiden Kammern des Reichstages bez. die Neutralität.

Die Gewerkschaften zur Lebensmittelfrage.

Eingaben an den Reichskanzler und an das Kriegsernährungsamt.

Unter dem 21. Februar haben die verschiedenen deutschen Gewerkschaftsgruppen gemeinsame Eingaben dem Reichskanzler und dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts unterbreitet. Die beiden Eingaben sind von sämtlichen Vorständen der den folgenden Körperchaften angeschlossenen Organisationen unterzeichnet: Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Verband der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.), Polnische Berufsvereinigung, Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht, Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände.

Die Eingabe an den Reichskanzler betrifft das Kriegsernährungsamt und hat folgenden Wortlaut:

Euer Ergeßung!

Die unterzeichneten Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands geben Euer Ergeßung Kenntnis von der beliegenden Eingabe an das Kriegsernährungsamt, die sich gegen die

völlig unbefriedigende Regelung

der deutschen Ernährungsverhältnisse während der Kriegszeit wendet und die Ursachen dafür nicht lediglich in der Knappheit der Lebensmittel, sondern auch in dem Mangel einer strengen Durchführung gerechter Verteilung der vorhandenen Vorräte erblickt. — Die Erklärung für diese unzureichenden Maßnahmen ist darin zu suchen, daß das Kriegsernährungsamt zu sehr von der Durchführung seiner Maßnahmen seitens der Bundesregierungen abhängig ist und besonders durch den

Widerstand des preussischen Landwirtschaftsministeriums

gegen alle Eingriffe in die Sonderstellung der landwirtschaftlichen Erzeuger beengt wird. Diese Hemmnisse einer gerechten Regelung der Ernährung werden von der weitaus überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung mit wachsender Sorge und Erbitterung verfolgt und müssen den bringenden Wunsch nach einer anderen Stellung des Kriegsernährungsamts, die es unabhängig von dem mangelnden Verständnis oder Willen einzelstaatlicher Verwaltungszweige macht, nahelegen.

Dieses Verlangen wird zur staatlichen Notwendigkeit angesichts der großen Aufgaben, die die Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes erfordert. Der vaterländische Hilfsdienst rückt die Ernährung der deutschen Zivilbevölkerung in gleiche Linie mit der Versorgung des Heeres und der Marine; denn bei der Fortdauer der Ernährungsnotwendigkeiten würde die heimische Arbeitsarmee außerstande sein, die Leistungen auf einer Höhe zu erhalten, wie sie die Landesverteidigung erfordert.

Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands, die die Pflicht übernommen haben, nach besten Kräften für die Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes einzutreten, fühlen sich verpflichtet, auf diesen Zusammenhang zwischen Hilfsdienst und Kriegsernährung besonders hinzuweisen und zur Abstellung der gerügten Mängel folgende Wünsche dem Herrn Reichskanzler zu unterbreiten:

1. Zwischen dem Kriegsernährungsamt und dem Kriegsamt ist eine angemessene Verbindung für das Gebiet der Lebensmittelversorgung herbeizuführen. Im Kriegsamt wird eine Abteilung für den Heeres- und den Zivilbedarf an Lebensmitteln geschaffen, die die Befugnis erhalten, an den Beschlüssen des Kriegsernährungsamts mitzumitlen, die Durchführung der Verordnungen desselben zu überwachen und die Lebensmittelvorräte für die allgemeine Volks- und Heeresversorgung zu beschlagnahmen, zu entzügen und an der Verteilung derselben mitzuwirken.

2. In den Bezirken der einzelnen Generalkommandos sind Unterämter des Kriegsamts für Lebensmittelbeschaffung zu bilden, auf die das Kriegsamt seine Funktionen übertragen kann, mit der Maßgabe, daß die Verteilung nach den Anordnungen der Zentralstellen zu erfolgen hat. Die Beauftragten des Kriegsamts haben das Recht, jeden Raum, in dem vermutlich Lebensmittel aufbewahrt oder verarbeitet werden, zu betreten und in die Durchführung jedes Betriebes der Erzeugung oder des Betriebes von Lebensmitteln Einsicht zu nehmen. Sie können die Zurückbehaltung oder Weiterverarbeitung von Lebensmitteln verbieten und mit Strafe bedrohen.

Die unterzeichneten Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands bitten den Herrn Reichskanzler dringend, diese Wünsche in die ernste Erwägung zu ziehen und alsbald im Verhandlungswege zur Verwirklichung zu bringen.

(Unterschriften.)

Die Eingabe

an den Präsidenten des Kriegsernährungsamts,

betreffend Organisation der Lebensmittelversorgung, lautet:

Euer Ergeßung!

Die Lebensmittelversorgung in Deutschland spielt sich je länger der Krieg dauert, immer mehr zu. Die Verteilungspolitik folgt dieser Tatsache nur unzureichend, so daß sich in den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung, besonders der Arbeiter und Angestellten eine

wachsende Erregung

bemerkbar macht, die für die weitere Entwicklung unserer Landesverteidigung und Kriegswirtschaft nicht unbeachtet bleiben kann. Diese Erregung wendet sich nicht gegen die Tatsache, daß infolge der sich schwieriger gestaltenden Erzeugung die Vorräte an Lebensmitteln immer knapper werden, denn damit muß bei weiterer Fortdauer des Krieges gerechnet werden; wohl aber nimmt sie Anstoß an der Art der Verteilung, die den berechtigten Widerspruch der darunter leidenden Volksschichten herausfordert muß.

Diese Verteilung embleht der strengen und gerechten Ordnung, die in der gegenwärtigen Lage der deutschen Bevölkerung unbedingt gefordert werden muß. Sie begünstigt solche Schichten, die ohnehin keinen Mangel an Nahrungsmitteln leiden, und ermöglicht es wohlhabenden Kreisen, sich für Geld ausreichende Lebensmittel zu verschaffen zum Schaden der ärmeren Volksschichten.

Elemente unter den Erzeugern wie unter den Verbrauchern finden sich täglich zusammen, um wegen eines erhöhten Gewinnes oder Gewinnes das deutsche Volk um einen Teil seiner Nahrung zu betrügen, und die im Kriegsernährungsamt konzentrierte Staatsgewalt ist nicht imstande, diese fortgesetzten Verbrechen an der Nation wirksam zu verhindern, weil einzelne bundesstaatliche Regierungen jeden tiefen Eingriff in die landwirtschaftliche Ernährungswirtschaft verhindern. Vor allem ist es

das preussische Landwirtschaftsministerium,

das sich schäufend vor die privatwirtschaftlichen Ansprüche der Landwirte stellt und diesen eine Ausnützung der Lebensmittelnot des deutschen Volkes sichert, die das Reich in die größten Gefahren bringen muß. Es muß ausgesprochen werden, daß der preussische Landwirtschaftsminister als der

Mittelpunkt aller Widerstände

in der Lebensmittelversorgung betrachtet werden muß, dessen Wollen mit einer gesunden, ausreichenden Regelung der Volksernährung im Kriege absolut unvereinbar ist. Bundesstaatliche Schranken, Rücksichtnahme auf die Erzeuger und Scheu vor schärferen Kontrollmaßnahmen müssen dazu dienen, die Wege offenzuhalten, auf denen die Durchführung unserer Ernährungswirtschaft vereitelt und ihr Ansehen in allen Volksschichten zum Gespött gemacht wird.

Die Arbeiter und Angestellten, die allezeit ihre Kräfte in den Dienst der Landesverteidigung und Kriegswirtschaft gestellt haben, und deren Vertretungen über die Stimmungen unseres Volkes wohl unterrichtet sind, müssen gegen die Fortdauer dieser Zustände lebhaften Einspruch erheben und eine Neuordnung der Ernährungsverhältnisse verlangen, die für eine gerechte, aber auch strenge Durchführung der Verteilung der zur Versorgung stehenden Nahrungsmittel bürgt. Vor allem hat sich hinsichtlich der mit der

Kartoffelversorgung

gemachten Erfahrungen große Enttäuschung aufgehäuft. Die im Widerspruch zu dem starken Andrang von Frühkartoffeln im Sommer 1916 stehende schlechte Ernte in Winterkartoffeln im Herbst gleichen Jahres gibt der Vermutung Raum, daß dieser Ernteausschlag nicht bloß auf die Ungunst natürlicher Verhältnisse zurückzuführen ist, sondern auch auf Einschränkung der Anbauflächen und auf schlechte Bewirtschaftung. Ein solches Ergebnis mußte aber unter allen Umständen vermieden werden, wenn die Volksernährung nicht in Frage gestellt werden soll. Die vorhandene Knappheit allein auf die Winterernte, auf ungenügende Transportverhältnisse und auf Erschöpfung der Erntearbeiter zurückzuführen, begegnet berechtigten Zweifeln. Es ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß der Ernteausschlag geringer angegeben worden ist, um größere Mengen von Kartoffeln der Menschenernährung zu entziehen und für Futterzwecke zu reservieren, was mangels der Sicherung der Kartoffelmieten vor eigenmächtigen Eingriffen leicht möglich ist. Die Preisauflage für eingewinkelte Kartoffeln, die am 18. Februar 1917 in Kraft treten sollten, waren geeignet, zur Zurückhaltung anzureizen und die weitere Winterversorgung zu führen. Deshalb müssen Maßnahmen getroffen werden, die die rechtzeitige Zuführung der benötigten Kartoffelmengen in die Städte unter allen Umständen sichern.

Vor allem müssen die unterzeichneten Organisationen gegen jede weitere Herabsetzung der Kartoffelrationen ihre warnende Stimme, und gegen jede weitere Erhöhung der Preise für Speisekartoffeln energisch Widerspruch erheben. — Es ist sobald als irgend möglich eine Verkaufsabnahme an Kartoffeln durchzuführen und, sofern deren Ergebnis dies als nötig erscheinen läßt, ein Verführungsbedarf von Kartoffeln für Schweine zu erlassen und mit wirksamen Maßnahmen durchzuführen.

Auch die

Proteilverorgung,

die in den ersten Kriegsjahren sich bewährt hat, abgesehen von ungerochterfertigen deutschen Preisunterchieden, hat Schwierigkeiten gezeigt, die durch den Mangel an Streckungsmitteln nicht genügend erklärt werden. Denn im Widerspruch damit steht die überhandnehmende Erzeugung an Weizenmehl und Roggen, die durch höhere Gewinne begünstigt wird. Wir wenden uns dagegen, daß eine Abhilfe in der Verführung der Protektionen gesucht wird, bevor alle anderen Mittel strenger Vereinheitlichung der Proteilverorgung erschöpft sind. Die Forderung, daß die Verwendung von Getreide, das für Brotbackung in Betracht kommt, für Genußmittel und Futtermittel tunlichst eingeschränkt wird, ist hierbei zu berücksichtigen. Gegenüber dem Ausfall von Kartoffeln macht sich in der Bevölkerung ein häßliches Verdrüssnis nach Nahrungsmitteln aus Getreide und Gafert geltend, dem wir nach Möglichkeit Rechnung zu tragen eruchen.

Die

Obst- und Gemüservorgung

war ebenfalls völlig unbefriedigend; sie litt nicht unter schlechten Ernteergebnissen, sondern unter mangelhafter Organisation gegenüber der starken Nachfrage, die den Gewinnabsichten der Erzeuger in die Hand arbeitet. Die Lieferungsverträge der Städte wurden vielfach durchkreuzt durch die Heeresverwaltung oder Konservenfabriken, und so wurde die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Gemüse und Wärmeladen zu erzwinglichen Preisen gehindert.

Die

Fleischversorgung

Frankt in erster Linie an der monopolartigen Stellung der Erzeuger und Fleischhändler in den Viehhandelsverbänden, denen die Gemeinden und Verbraucher fast widerstandslos ausgeliefert sind. Die Organisation der Viehhandelsverbände bedarf nach den seither gemachten Erfahrungen einer Neuordnung, die bei der auch deren hohe Verdienste entsprechend zu kürzen sind. Dies ist um so notwendiger, als den Städten durch den preussischen Landwirtschaftsminister verboten worden ist, sich durch den Abschluß von Kaufverträgen billiges Vieh zu beschaffen. Die Fleischpreise haben eine Höhe erreicht, die Fleisch und Fett für einen großen Teil der Bevölkerung unerträglich machen. Das ist aufs tiefste zu beklagen in einer Zeit, in der die Landesverteidigung die denkbar höchsten Anforderungen stellt, und bedarf einer Regelung, die vor seiner irgendwie gearteten Protektion zurückführt.

Hinsichtlich der

Milch

steht es zweifellos fest, daß die ländliche Bevölkerung, wenn auch keinen Heberfluß, so doch solche Mengen zur Verfügung hat, daß die städtische Bevölkerung damit besser versorgt werden könnte. Es ist nicht zu ertragen, daß hier Kinder und Kranke die Milch verweigert werden muß, während solche auf dem Lande nicht bloß reichlicher als sonst vorhanden, sondern auch

verfürt wird. Jede Verzögerung der Reichsbewirtschaftung der Milch, die mit strenger Ablieferungspflicht der benötigten Mengen und strenger Rationierung beginnen muß, bedeutet eine Gefahr für die Volksgesundheit.

Die

Eierversorgung

ist durch die Massenzuführung von geschlachteten und für die Schlachtung bestimmtem Geflügel zu den häßlichen Werten im vorigen Herbst fast gefährdet worden. Die Eierpreise bis zu 80 Pf. und mehr pro Stück sind das Ergebnis dieser Art Ernährungs-politik. Nur eine Förderung der Geflügelhaltung durch Ueberweisung der benötigten Futtermengen, die mit der Eierablieferung in engem Zusammenhang zu bringen ist, kann diese Verhältnisse bessern.

In der

Versorgung mit Fischen

vermissen wir vor allem eine systematische Erschließung der Bestände an Süßwasserfischen unserer Binnenengewässer für die Volksernährung. Auch sind Maßnahmen dagegen nötig, daß die geringen verfügbaren Mengen an See- und Flußfischen von den Konservenfabriken aufgekauft und weiterverarbeitet werden und erst zu ungemessenen Preisen wieder an die Verbraucher gelangen.

Die

Suderezeugung

muß mehr dem Bedürfnis angepaßt werden und bei den unzureichenden Mengen, die gegenwärtig der Bevölkerung zugänglich gemacht werden, ist das Sparen mit Südstoffen nicht mehr am Platze.

Vorwiegend ganz besonders Gewicht zu legen ist, ist die

Verbeitführung einer vernünftigen Preisrelation

zwischen den verschiedenen Lebens- und Futtermitteln. Die heutige Höchstpreisordnung ist nicht das Ergebnis vernünftiger Abwägung, sondern hat sich aufgebaut auf einer wilden Preisentwicklung, teilweise auch auf politischen Gesichtspunkten. So ist es möglich gewesen, daß die Preise für einzelne Produkte, zum Beispiel für Brotgetreide, um circa 80 Proz. dagegen für Gafert und Gaferte teilweise fast bis zu 100 Proz. und darüber gestiegen sind. Daraus ergibt sich eine andauernde Gefahr für Zurückhaltung der billigeren Produkte und der Anreiz zur Verführung, weil, wenn in Fleisch umgekehrt, der Verdienst ein weit höherer ist. Ferner auch, daß die lohnender erscheinenden Produkte vorzugsweise angebaut werden. Auch von landwirtschaftlicher Seite sind Bestrebungen für die Herbeiführung einer derartigen Preisrelation laut geworden. Sie betreffen sich jedoch in der Hauptsache nach der Richtung, die ihnen zu niedrig erscheinenden Preise zu den höchsten hinaufzuziehen. Dagegen muß entschieden Protest eingelegt werden. Preise wie für Gafert, Getreide, Hülsenfrüchte, Fleisch usw. lassen sich nicht mit vorhandenen Produktionskosten rechtfertigen, sondern sind Kriegskonjunkturpreise, die auf der Knappheit des Volkes sich aufbauen. Wir fordern eine Preisrelation, die sich aufbaut auf tatsächlichen Produktionskosten plus angemessenen Verdienst. Jeden Konjunkturgewinn, den die breite Masse zu tragen hat, und der ihr das Durchhalten fast unmöglich macht, müssen wir entschieden ablehnen.

Wenn im Vorhergehenden auf die einzelnen Mängel näher eingegangen wurde, so darf dies nicht von der Hauptursache des Mißerfolges auf dem gesamten Gebiete der Kriegsernährung ablenken, die wir in der

unzureichenden Organisation,

vor allem des Kriegsernährungsamtes selbst erblicken. Dieses Amt ist zwischen die durch die Bundesregierungen repräsentierte Zivilverwaltung und die Heeresverwaltung gestellt und kann nur Regeln und Verordnungen aufstellen, auf deren Durchführung es aber keinen oder nur ungenügenden Einfluß hat. Seine Pläne sind von dem durch die Landesregierungen gelieferten, meist unzureichenden Informationsmaterial, seine Beschlüsse von der Ausführung der oft widerwilligen einzelstaatlichen Verwaltungszweige abhängig und überdies greift die Heeres- und Marineverwaltung oft zwischen die besten Dispositionen mit rauher Hand bagpfehen und macht ein mühsam aufgebautes Versorgungswerk zunichte. Wenn man auch gern zugeben will, daß Heeresverwaltung der Zivilversorgung gehen muß, so vertritt sich dieses Verhältnis nicht mehr mit einer gehobeneren Heranziehung der Zivilbevölkerung, wie für die Durchführung des Hilfsdienstgesetzes erfordert. Deshalb ist eine Organisation des Kriegsernährungsamtes vorzuziehen, die dieses

in unmittelbare Verbindung mit dem Kriegsamt,

dem die Heeresverwaltung obliegt, bringt, und es zugleich den hindernden Einflüssen einzelner Bundesregierungen entzieht. — Eine Organisation, die die weitreichenden Befugnisse der militärischen Behörden auch für die Sicherung des Lebensmittelbedarfs der Zivilbevölkerung nutzbar macht.

Die provinziellen und Kreiswirtschaftsämler, die das Kriegsamt neuerdings ins Leben gerufen hat, erscheinen uns durchaus geeignet, auch für die Aufgaben des Kriegsernährungsamtes, soweit es sich um die Herbeiführung einer strengen Rationierung und Verteilung, sowie um die Sicherstellung der ausreichenden Ablieferung von Lebensmitteln auf dem Lande handelt, in Anspruch genommen zu werden. Die diesen Stellen übertragenen Funktionen hinsichtlich der Förderung der Erzeugung sollen nicht gekürzt werden, notwendig ist aber ein schärferes Eingreifen durch eine behördliche Organisation, die weitverzweigt und unabhängig genug ist, um sich Beachtung zu erzwingen.

Schließlich möchten die unterzeichneten Organisationen ihrer Heberzeugung Ausdruck geben, daß dem

Beirat des Kriegsernährungsamtes

ein größerer Einfluß auf die Maßnahmen dieses Amtes eingeräumt werden muß. Dieser Beirat ist bisher nur zweimal berufen worden und wurde fast vor Situationen gestellt, an denen alles Beraten nichts mehr ändern konnte. In solcher Stellung muß den Beratern das Gefühl der Ueberflüssigkeit aufkommen und ihnen die Mitarbeit verleidet. Wir glauben, daß in einer öfteren Berufung des Beirats und in einer größeren Beteiligung an den vorbereitenden Arbeiten, wie an der Kontrolle, der Weg gefunden werden kann, um dem Kriegsernährungsamt einen besseren Zusammenhang auch mit der Bevölkerung zu sichern.

Die deutschen Gewerkschaften und Angestelltenverbände möchten auf das nachdrücklichste davor warnen, in der Frage der Kriegsernährung die Dinge so weiter gehen zu lassen. Die Folgen könnten unabsehbar werden. Die vertrauensvolle Mitarbeit, die sie bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes übernommen haben, gibt ihnen ein besonderes Recht, darüber zu warnen, daß dieser Zweck nicht durch eine fortdauernde, lästige Auffassung und Ausführung der hinsichtlich der Kriegsernährung gegebenen Pflichten gänzlich in Frage gestellt wird.

(Unterschriften.)

Abgeordnetenhaus.

72. Sitzung. Sonnabend, 8. März 1917, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: v. Troitz zu Solz.
Die zweite Lesung des Staatshaushalts wird beim Kapitel

Volksschule

fortgesetzt.

Abg. Otto-Charlottenburg (Sp.):

Hast 11 000 Lehrer und Seminaranten, blühende Menschenleben, sind dem Kriege zum Opfer gefallen. Die in der Heimat zurückgebliebenen Lehrer, voran allem die Lehrerschaft auf dem Lande, haben in diesen Wochen eine besonders schwere Arbeit zu leisten gehabt. Wenn jetzt im Krieg eine große Anzahl von Lehrerinnen angestellt worden sind, so hoffen wir, daß nach dem Kriege das alte Zahlenverhältnis zwischen männlichen und weiblichen Lehrkräften wieder hergestellt wird. Jedoch dürfen Lehrerinnen keinem Kriegsschicksal angesetzt werden oder vor der Anstellung stehenden Lehrer die Stelle fortnehmen. (Sehr richtig!) Dem Minister möchte ich den Gedanken zu erwägen geben, ob es sich empfiehlt, zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge und zur Verringerung der bestehenden Nahrungsmittelknappheit die Schuljungen während des Frühjahrs und der Sommermonate in ländliche Gemeinden zu übersiedeln und dort gemäß ihrer körperlichen Kräfte zu leichten gärtnerischen und landwirtschaftlichen Arbeiten heranzuziehen. Wir treten für die Schule der

Einheitschule, Weltlichkeit und Unentgeltlichkeit

ein. Diese Merkmale treffen ja auch auf die Befolgung der Schulpflicht an. Redner begründet darauf den auch von ihm mitunterzeichneten Antrag auf Einberufung einer allgemeinen Schulkonferenz. Die Volksschulen müssen in eine innigere Verbindung mit den höheren Lehranstalten kommen. (Beifall links.)

Minister Dr. v. Troitz zu Solz:

Die Frage einer Reform der Schulverwaltung wird bei der jetzt schwebenden Reform der allgemeinen Verwaltung mitberücksichtigt werden. Im übrigen liegen jetzt anormale Zeiten vor. Da ist es nicht zu vernünftigen, wenn die Maschinen des Schulbetriebes einmal nicht ohne jede Hemmung funktionieren. Schularbeit ist Friedensarbeit. Unsere Schule hat sich im allgemeinen den schwierigen Verhältnissen des Krieges vortrefflich angepaßt. Unsere Schuljungen und unsere Lehrkräfte haben sich in großem Umfang in den Dienst der Allgemeinheit gestellt, ganz besonders in ländlichen Gebieten. Das wird auch weiter gehen. Ob es anständig sein würde, im Sommer die Schule zu schließen und dafür den Schulbetrieb im kommenden Winter um so intensiver zu gestalten, erscheint mir zweifelhaft. Natürlich muß den Schülern ein wünschenswertes Urlaub gegeben werden, um in der Landwirtschaft zu helfen. Das ist überall gegeben. Spätestens in manchen Gegenden die Kartoffelernte nicht heimgebracht werden können. Vielfach sind die Schüler unter Aufsicht der Lehrer auf das Feld gezogen. Diese Interessen gehen jetzt vor die Schulinteressen. Vielfach sind bereits Kinder aus den Städten und Industriebezirken auf das Land gebracht worden. Die Landeute waren anfangs zögernd und ablehnend, haben aber nachher die Kinder wochenlang behalten und an vielen Orten hat sich ein gutes Verhältnis ergeben. Wir sind damit beschäftigt, die Angelegenheit für dieses Jahr noch in stärkerem Maße zu organisieren.

Es ist wieder von der Einheitschule gesprochen worden. Die früheren scharfen Gegensätze sind inzwischen zu einem guten Teil überbrückt worden. Der Vordränger hat mit Recht nicht mehr von der nationalen Einheitschule, sondern von einer nationalen Schulpflicht gesprochen. Das wollen wir alle, daß ein gewisser Zusammenhang zwischen allen unseren Schulen bestehen muß, und daß wir diesen Zusammenhang stärken müssen, soweit das möglich ist, ohne den Zweck der einzelnen Schulklassen und Schulgattungen zu beschränken oder zu gefährden. In dem

Konfessionellen Charakter der Volksschule

aber hält unser Volk in weiten Kreisen fest. (Sehr richtig!) Ich werde niemals für eine Bewegung zu haben sein, die den konfessionellen Charakter unserer Volksschule beseitigt. (Beifall im Zentrum.) Die Vordränger betreibt Erleichterung des Überganges von der Volksschule zu höheren Schulen, die zum Teil schon in die Wirksamkeit umgesetzt sind, sehen auf städtischen Verhältnissen. Auf dem platten Lande liegen die Dinge anders. (Sehr wahr!) Es kann niemals dazu kommen, daß man die Volksschule nur auf den Übergang zur höheren Schule einrichtet. (Sehr richtig!) Die Volksschule muß dem Zweck erhalten werden, der breiten Masse des Volkes zu dienen. Wenn damit die Möglichkeit verbunden werden kann, in die höheren Schulen überzutreten, um so besser. (Beifall.)

Abg. Marx (S.):

Bei dem Verschicken der Kinder auf das Land müssen die Eltern die Gewähr haben, daß für die nötige Aufsicht Sorge getragen wird. Mit dem Schlagwort: Einheitschule sollte man aufpassen. Unser Schulwesen ist zu sehr auf die verschiedenen Stände zugeschnitten. Dem Tüchtigen muß freie Bahn geschaffen werden. Die Einheitschule muß zur konfessionellen Staatschule führen. In Reformen, insbesondere für den Aufsicht der Verwaltungen, sind wir alle bereit. (Sehr wahr!) Wir müssen auf den vollen Liberalismus und die vollen Rechte weiter bauen. Die Beseitigung der konfessionellen Schule wäre ein nationales Unglück. (Aufstimmung im Zentrum.) In unserer kräftigen, geistig gesunden Landbevölkerung hat sich noch kein Bedürfnis nach der Einheitschule gezeigt. Auch für den Fall, daß der Vater gefallen ist, muß sein Wille und die zwischen ihm und der Mutter geschlossene Einigung über die Konfession des Unterrichtes des Kindes geachtet werden. Dazu muß aber eine Verordnung des Ministers aufgehoben werden. (Beifall im Zentrum.)

Minister Dr. v. Troitz zu Solz:

Wir erwägen, wie dem hervorgetretenen Bedürfnis Rechnung getragen werden kann. Der Abg. Haensch hat sich persönlich an mich gewandt wegen meiner Erwiderung auf seine Ausführungen betreffend die Anwendung des Salvarian. Ich habe meine Ausführungen damals auf Grund des mir zur Verfügung gestellten Materials getan, das im Widerspruch steht zu dem Material des Abg. Haensch. Seinen guten Glauben habe ich nicht in Zweifel gezogen. (Sehr richtig!)

Abg. Hirsch (Soz.):

Die Sozialdemokratie hat von jeher nicht die Verbesserung, oder die aufbauende Kritik für ihre Aufgabe gehalten. Sowie der Kampf der Vater aller Dinge ist, so ist die Kritik die Mutter eines jeden Fortschrittes. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir erkennen an, daß sich in unserem Volksschulwesen gegen früher manches gebessert hat. Reformen, die man, als wir sie anregten, als Utopien bezeichnet hat, haben sich durchgesetzt oder sind im Begriff, sich durchzusetzen. Die Volksschule wird heute nicht mehr so als Nebenbedeutung behandelt wie früher. Vieles ist erreicht, aber mehr noch bleibt zu tun übrig. An dem Ausbau unseres Volksschulwesens mitzuwirken, ist eine vaterländische Pflicht im utopischen Sinne des Wortes, deren wir Sozialdemokraten uns zu allererst entziehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die zur Erreichung des Schulideals ist freilich noch ein weiter Weg. Innerhalb des Klassenstaates kann die

Volksschule ihres Klassencharacters nicht entkleidet

werden. Sie wird in großen und ganzen das Bildungsinstitut für die große Masse des Proletariats bleiben, während es nur einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Schülern bergwärts, jetzt wird, höhere Schulen und Universitäten zu besuchen. Ich will Ihnen

heute in kurzen Zügen ein Bild unseres Schulideals malen, wie wir uns die Schule in dem neuen Deutschland denken, eine Schule, die nicht nur geeignet ist, ihre eigenen Zwecke im vollsten Maße zu erfüllen, sondern darüber hinaus dem deutschen Völkchen im Ausland zu Ehren und Ansehen zu verhelfen und dem törichtesten Gerede von deutscher Barbarei ein Ende zu machen. Wie unbegründet diese unerhörte Verleumdung des deutschen Volkes ist, darüber brauche ich kein Wort zu verlieren. Der Art und Wesen des deutschen Volkes einigermaßen kennt, weiß, daß, wenn auch vereinzelt Ausschreitungen vorkommen, doch die Willkür, die draußen vor dem Feinde stehen, und die zum großen Teil durch die Schule der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie gegangen sind, nichts gemein haben mit roher Barbarei. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn solche unsinnigen Gerüchte im Auslande Nahrung finden konnten, so haben wir natürlich selbst einen Teil der Schuld mit daran; das Ausland weiß, was für Anschauungen hier früher zum Ausdruck gekommen sind, wie stiermütterlich man die Volksschule behandelt hat und zieht daraus seine allerdings falschen Schlüsse. Doch ich will mich heute nicht mit der Vergangenheit beschäftigen. Es kommt in Zukunft darauf an, die Volksschule, die ein Vorgänger des Ministers als kostbares Juwel in der preussischen Krone bezeichnet hat, besser auszugestalten, sie aus einer Schule für das Proletariat zu einer Schule für das ganze Volk, einer Volksschule im wahren Sinne des Wortes zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Mehrheit dieses Hauses und die Regierung sieht als Aufgabe der Volksschule an, religiöse, sittliche und vaterländische Bildung der Jugend, sowie ihre Unterweisung in den für das bürgerliche Leben notwendigen allgemeinen Kenntnissen und Fertigkeiten. Wir dagegen halten es für die Aufgabe der Volksschule den jungen Leuten ein

möglichst großes Maß von Bildung

beizubringen, um sie für den Kampf ums Dasein zu befähigen. Wir wollen diese Bildungsbestrebungen jedes politischen und religiösen Nebenwerts entkleiden. Daher fordern wir die Weltlichkeit der Schule. Das sind kaum überbrückbare Gegensätze. Dieser Kampf zwischen Weltanschauungen muß ausgefochten werden; hoffentlich geschieht das in Zukunft in anständigeren Formen als vor dem Kriege. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Die Weltlichkeit der Schule fordern wir nicht stets aus Haß gegen die Religion. Die Sozialdemokratie erklärt die Religion zur Privatangelegenheit. Glaubens- und Gewissensfreiheit dürfen nicht nur auf dem Papier stehen. Gerade weil die Religion für uns eigene Angelegenheit jedes Menschen ist, können wir nicht dulden, daß der Staat seine Autorität und seine Machtmittel auf diesem Gebiete im Interesse der herrschenden Klassen ausnützt. Nach unserer Ansicht gehört der Religionsunterricht überhaupt nicht in den Lehrplan der Schule. Wir sind keineswegs dagegen, daß Religion gelehrt wird, aber das soll außerhalb der Schule geschehen. Dadurch, daß die Religion heute den ganzen Lehrplan beherrscht, leiden die anderen Fächer. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Dem Dank, der hier der Lehrerschaft ausgesprochen worden ist, schließen wir uns an. Was die Schule im Kriege leistet, verdanken wir den zurückgebliebenen Lehrern und nicht zuletzt den Lehrkräften. (Sehr richtig!) Die Behandlung der Lehrer ist besser geworden, aber sie läßt doch noch manchem zu wünschen übrig. So liegt mir ein Erlaß der königlichen Regierung, Abt. Kirchen- und Schulwesen in Münster vom 6. Februar d. J. vor, worin der Lehrerschaft zur Pflicht gemacht wird, sich an der Volksschule zu beteiligen, der aber in einem Tone gehalten ist, durch den sich die Lehrerschaft mit Recht beleidigt gefühlt hat. Die Lehrer haben wohl bemerkt, daß sie in der Erfüllung vaterländischer Pflichten hinter anderen Volksschichten nicht zurückbleiben. (Sehr wahr! links.)

Was die

Frage der Einheitschule

angeht, so kommt es uns nicht auf den Namen an, sondern auf die Sache. Während es nach den Ausführungen des Vordrängers den Anschein hatte, als wären die Interessen nicht mehr so groß, hat dann der Abg. Marx sich leider ganz scharf gegen die Einheitschule ausgesprochen. Die Ansicht des Ministers, daß der Übergang von der Volksschule in die höhere Schule durch die Mittelschule ermöglicht werden soll, können wir nicht teilen. Wir fordern nach wie vor Aufbau des Schulwesens auf der Grundlage der Einheitschule, der Unentgeltlichkeit, der Weltlichkeit und einer zeitgemäßen wissenschaftlichen Pädagogik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nicht Gleichheit, sondern Einheitschule der Schulen fordern wir. Wenn man behauptet, daß wir ein System der Gleichheit fordern, das nur durch Umsturz aller bestehenden Verhältnisse verwirklicht werden könne, so beweist man damit nur, daß man über unser Schulideal spricht, ohne sich darum näher bekümmert zu haben. Zwischen unseren Forderungen und denen des Vordrängers besteht kein prinzipieller Unterschied. Die Forderungen, wie sie Heinrich Schulz in seiner „Schulreform“ aufstellt, beweisen, daß wir keineswegs die Gleichmächerei, sondern im Gegenteil die Möglichkeit schaffen wollen, daß jeder einzelne seine Persönlichkeit entsprechend seinen Fähigkeiten in der Schule frei entfalten kann. Man sollte wirklich mit dem vor dem Kriege üblichen System brechen, gegen die sozialistischen Schriften zu polemisieren, ohne sie gelesen zu haben. (Sehr gut! bei den Soz.) Wenn gesagt worden ist, die Einheitschule führt in den

sozialistischen Zukunftsstaat

hinein, so giebt dies Geklopfe heute nicht mehr. Ist die Einheitschule notwendig, so wird sie sich durchsetzen, wie so viele unserer Forderungen, die sich mit der Zeit durchgesetzt haben.

Wir fordern weiter die vermehrte Schaffung von Kinderärzten, die natürlich nicht konfessionell gegliedert sein dürfen. Die häuslichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der großen Masse des Volkes — ich erinnere nur an die Wohnungsnot — erfordern diese Fürsorge für die Kinder vor der Schulzeit. Ferner fordern wir die Errichtung von Kinderhorten mit Unterweisung des Staates. Ihre Aufgabe ist es, die Kinder der ärmeren Volksschichten, die von ihren Eltern in der schulpflichtigen Zeit nicht beaufsichtigt werden können, vor furchtbarer Schädigung und Vernachlässigung zu beschützen. Hier vorzuziehen ist die Allgemeinheit. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch die Einrichtung von Jugendheimen für die schulpflichtige Jugend bis zum 18. Lebensjahr ist ein Stück der Schulreform, die wir erstreben. Die Jugendpflege ist keine militärische, sondern eine pädagogische Angelegenheit. In der Kommission hat der Minister erklärt, daß auch

sozialdemokratische Jugendvereine

während des Krieges sich an der Kriegswohlfahrtspflege beteiligt hätten und bemüht gewesen seien, die Jugend körperlich, sittlich und geistig zu erziehen. Deshalb hätten in einzelnen Fällen auch solche Vereine aus dem staatlichen Fonds Mittel erhalten. Das bedeutet einen Bruch der Regierung mit der Vergangenheit. Wir haben diesen Fonds früher festig bekämpft, weil sein ursprünglicher Zweck die Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendvereine war. Wenn die Regierung jetzt zu der Erkenntnis gekommen ist, daß auch sozialdemokratische Jugendvereine aus diesem Fonds unterstützt werden können, weil sie ihre Pflicht im vollsten Maße getan haben, so können wir das nur begrüßen. Ich hoffe, daß diese 3/4 Millionen in Zukunft niemals wieder der Bekämpfung der sozialistischen Jugendbewegung dienen werden. — Wir fordern weiter die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel. Für die Volksschüler wird heute nur der 14. Teil des Aufwandes vom Staate getätigt, wie für die Studenten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem muß auch für die körperliche Pflege der Schuljungen gesorgt werden. Namentlich nach der mangelhaften Ernährung in dieser Kriegszeit. Wir haben schon lange vor dem Kriege die Einführung der Schulpflichtung gefordert. Der Ausbau dieser Einrichtung ist jetzt mehr als je dringend notwendig. Die Auf-

nahmefähigkeit der Schüler muß vor allem gesichert sein, wenn der Zweck des Unterrichts erreicht werden soll. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Zahl der Schulkinder bedarf der Vermehrung. Sie sind sehr bedeutungsvoll für den Kampf gegen die Tuberkulose. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf diesem Gebiete haben bisher die Gemeinden das meiste geleistet; das ist wieder ein Grund für die Erweiterung ihrer Selbstverwaltungsrechte. Endlich verlangen wir auch Pflege der staatsbürgerlichen Erziehung in der Volksschule. Unsere Forderungen sind, wie gesagt, durchaus keine unerreichbaren Ideale, wenn auch noch manche Widerstände bis zu ihrer Erreichung zu überwinden sein werden. Wie der Reichsanwalt neulich gesagt hat, daß es nicht im Belieben eines einzelnen, auch nicht im Belieben herrschender Mächte und herrschender Persönlichkeiten steht, ob das geschieht, was weltgeschichtlich geschehen muß, so sage auch ich: Es steht nicht im Belieben eines einzelnen, auch nicht im Belieben herrschender Mächte oder Persönlichkeiten das zu verhindern, was eine geschichtliche Notwendigkeit ist. Wer den Versuch macht, sich dem zu widersetzen, über den wird die Geschichte zur Tagesordnung übergehen. (Beif. Weifall bei den Soz.)

Abg. Adolf Hoffmann (Soz. Arb.):

Ich habe meinen vorjährigen Ausführungen über das Volksschulwesen nichts hinzuzufügen. Ich will heute nur fragen, wie man es beantworten will, daß zwei Häuser von einem Schulgebäude in Berlin, in der Krautstraße, Gefährliche fabriziert werden. Ein solch feuergefährlicher Betrieb darf unter keinen Umständen in einer so dicht besiedelten Stadtgegend und so nahe einer Schule untergebracht werden. Erst vor kurzem ist dort wirklich ein Explosionsunglück vorgekommen, das auch eine Anzahl Tote gefordert hat. Es bedarf wohl nur dieses Hinweises, um Abhilfe herbeizuführen.

Damit schließt die Besprechung. Der Etat wird bewilligt.

Ein polnischer Antrag auf Streichung der Ostmarkenzulagen wird abgelehnt. (Aufst. im Zentrum: Nur ein Polse, ist anwesend!)

Ein Antrag Traub (Sp.) betreffend Veröffentlichungen über die Geschichte der Reformation, sowie ein Antrag Heß (S.) auf Teuerungszulagen für Volksschullehrer geht an die Budgetkommission.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Vertag.)

Schluß 3/4 Uhr.

Hauptauschuß des Reichstages.

Am Sonnabend begann der Hauptauschuß seine diesmaligen Arbeiten mit der Beratung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1917. Der Haushaltsplan für den Reichsanwalt und die Reichsanwaltschaft wurde ohne Widerspruch genehmigt. Hierbei wies Abg. David (Soz.) auf den § 5 des Wahlgesetzes für den Reichstag vom 31. Mai 1899 hin. Nach dieser Bestimmung soll in jedem Bundesstaat auf durchschnittlich 100 000 Seelen derjenigen Bevölkerungszahlen, welche den Wahlen zum verfassunggebenden Reichstage zugrunde gelegen haben, ein Abgeordneter gewählt werden. Hiernach ist auch jetzt noch die Zahl der Abgeordneten für jeden Kreis bestimmt. Da aber inzwischen in den industriellen Bezirken die Bevölkerung sehr stark zugenommen hat, ist die jetzige Verteilung der Reichstagsmandate auf die einzelnen Bezirke eine schwere Ungerechtigkeit für die industriellen Bezirke und deren Bevölkerung. Es sei daher dringend nötig, endlich eine gleichmäßige

Verteilung nach dem jetzigen Stand der Bevölkerung

durchzuführen, was auch in der Verfassung ausdrücklich vorgeschrieben ist. Unter keinen Umständen dürfe auch nach dem Kriege die alte Ungerechtigkeit bestehen bleiben.

Abg. Gothein (Fortf.) schloß sich diesen Ausführungen an. In den stark bevölkerten gemischtsprachlichen Gebieten könnte bei der Vermehrung der Mandate die Verteilungswahl durchgeführt werden. Dadurch würden die Kämpfe zwischen den verschiedenen Nationalitäten bedeutend abgeschwächt werden.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Wenn durchschnittlich auf je 100 000 Seelen ein Abgeordneter kommen würde, würde die Zahl der Abgeordneten zu groß werden. Dabei wäre es das Beste, wenn man eine bestimmte Zahl von Abgeordneten festlegte, etwa 400, und diese Mandate auf die einzelnen Bezirke gleichmäßig verteilen würde. Die Verhältnismäßigkeit sei allerdings zu empfehlen, aber nicht nur für einzelne Bezirke, sondern für das ganze Reich.

Abg. David (Soz.) schloß sich ebenfalls der Forderung nach Einführung der Verhältnismäßigkeit an. Wenn nicht sofort alle Widerstände beseitigt werden könnten, müßte doch wenigstens damit vorgegangen werden, die schweren Benachteiligungen der industriellen Bevölkerung in bezug auf die Verteilung im Reichstage endlich zu beseitigen. Es handelt sich nicht um eine akademische Erörterung, sondern die sozialdemokratische Forderung werde die Angelegenheit bereits in den nächsten Tagen weiter verfolgen.

Darauf ging der Ausschuß über zur Beratung des Haushaltsplans für das auswärtige Amt. Es entspann sich eine umfangreiche Aussprache über die

Spanische Frage.

über die der Staatssekretär Dr. Joffe eingehend berichtete und an die sich eine ausgedehnte Aussprache anschloß. Es sprachen die Abgeordneten: Schiffer (natl.), Scheidemann, v. Camp (Deutsche Partei), Gröber (S.), Roske (Soz.), Erberger (S.), v. Weizsäcker (S.), v. Baver (Fr. Sp.), Ledebour (Soz. Arb.), Stresemann (natl.), Gothein (Fr. Sp.), Fürst v. Radziwill und Seede (Folk), Dr. David (Soz.), Kumm (Deutsche Partei) und Prinz v. Schönau-Carolath. Bei dem Etat des auswärtigen Amtes gab Staatssekretär Zimmermann einen Bericht über den Zwischenfall bezüglich Mexiko. Die Aussprache hierüber wurde auf Montag, 12 Uhr, vertagt. Die Angelegenheit selbst wurde vertraulich behandelt.

Die Not der Rentenempfänger.

Die von uns im „Vorwärts“ schon mehrfach betonte Notlage so vieler Rentenempfänger hat die Generalkommission der Gewerkschaften zu einer Eingabe an den Reichstag veranlaßt, in der als Kriegsmäßnahme eine Erhöhung bestimmter Renten gefordert wird. Wir drucken diese Eingabe ihrer großen Wichtigkeit wegen im weitestmöglichen Maße im nachstehenden ab:

Die unterzeichnete Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands lenkt im nachstehenden die Aufmerksamkeit des Deutschen Reichstags auf die Notlage, in die weite Kreise von auf feste Bezüge angewiesene Personen gekommen sind. Durch die Erhöhung der Familienunterstützung und die Gewährung von Teuerungszulagen an Beamte ist anerkannt worden, daß die zum Lebensunterhalt auf feste Bezüge angewiesenen in der Zeit der gegenwärtigen Teuerung dringender Hilfe bedürftig sind. Für einen Teil dieser Personen hat sich bisher die Erhöhung ihrer Einnahme nicht bewirkt lassen. Es sind das die Invalidenrentenempfänger und die Bezieher von Unfallrenten.

Daß die Invalidenrenten einen ausreichenden Lebensunterhalt nicht gewährleisten, bedarf bei ihrer bekannten Unzulänglichkeit keiner eingehenden Darlegung. Nach der letzten amtlichen Angabe über die Höhe der Renten (Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamts 1916 Seite 160) betrug der jährliche Betrag der Renten im Jahre 1914

Neu

in ihrer äußeren Erscheinung und geschmackvoll in ihrer Ausführung zeigt sich die kommende Frühlingstracht.

Ein gutes Beispiel hierfür ist das nebenstehend abgebildete **Jackettkleid.**

Mit seinem außerordentlich festen kurzen Jackettchen, das durch reiche Stickerei und Knopferzierungen sich auszeichnet, wirkt es ungemein ansprechend. Erhöht wird diese Wirkung durch das hohe, ebenfalls reich bestickte Nieder als Oberteil eines elegant gezogenen Rockes.

Dieses Jackettkleid finden Sie bei uns aus guter Garbadine-Ware in verschiedenen modernen Farben und genau wie Abbildung zu

187.50



Königstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz.
Chausseestraße 113
Beim Stettiner Bahnhof.

Elegantes Straßenkleid aus dauerhafter Ware mit der beliebtesten Stoffrollen- und Knopferzierung, fest, Taschen und dem neuartigen Kragenschnitt

87.50

Collenne-Mantel aus guter Ware mit schönseidigem Glanz und fester Schlossverzierung, halb gefüttert

76.50

Sonntags geschlossen.

Strapazier-Mantel in vielen verschiedenen gleich hübschen Stoffarten mit dem neuen sogenannten „A-Boot-Kragen“ u. neuartigen Beuteltaschen

42.50

Straßenkleid „jugendliche Form“. Besonders hübscher, gesteppter Gürtel, reiche Taschen-Knopf-Verzierung, schöner weißer Uebertragen

66.50

tatsächlich ergab 187 Stimmen für den von der Zweiten Kammer bewilligten Betrag von 10 Millionen Kronen und nur 172 Stimmen für die von der Regierung geforderten dreißig Millionen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Die Bevölkerungsbahn in Frankreich. Das „Journal“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit dem Problem der Sicherung einer vergrößerten Zahl von Geburten in Frankreich. Der Artikel kommt zu dem Schlusse, daß die Frauen Frankreichs in ihrer überwiegenden Mehrheit von dem schädlichen Zweifelhäufigsten Laun abzubringen sein werden. Ein Aufklärungskampagne müsse einleiten, sonst würde Frankreich nicht wieder bevölkert werden.

Der „Telegraph“-Prozess. Der Haager Gerichtshof verhandelte über die vom Högen Rat an dieses Gericht verwiesene und bereits in mehreren Instanzen verhandelte, fast anderthalb Jahre alte Prozedur gegen den Chefredakteur Schröder wegen eines im „Telegraph“ erschienenen Artikels, in dem Schröder die Zentralmächte die „Schurken von Europa“ nannte. Der Generalanwalt forderte gegen den Beklagten eine viermonatige Gefängnisstrafe. Das Urteil wird später bekanntgegeben werden.

Das englische Einfuhrverbot trifft, wie die „Kölnische Zeitung“ bemerkt, die Schweizerische Ausfuhrindustrie, namentlich die Säckerei, Wärent-, Schokoladen- und Seidenindustrien überaus schwer. Eine Ausfuhr im Umfange von 200 Millionen jährlich wird durch das Verbot betroffen.

Drei englische Buchhändler voll Sozialisten. Unter dieser Ueberschrift teilt die „Berliner Tagwacht“ mit, daß drei englische Buchhändler, und gerade die allerbestimmtesten, mit sozialistischen und antimilitaristischen Dienstverweigerern gefüllt seien.

Indische Kriegskapitalien. Die Regierung von Indien hat der britischen Regierung einen Beitrag von 100 Millionen Pfund zu den allgemeinen Kriegskosten angeboten. Die britische Regierung hat dies Angebot mit Dank angenommen.

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhause.

Im Mittelpunkt der Beratung des Kapitels „Volksschulwesen“, die das Abgeordnetenhause am Sonnabend beendete, stand die Frage der Einheitschule. Während der der fortschrittlichen Volkspartei angehörige Lehrer Otto Charlottenburg und unser Genosse Hirsch die Einheitlichkeit, Weltlichkeit und Unparteilichkeit des Schulwesens warm befürworteten und gute Gründe dafür ins Feld führten, zog sich durch die Ausführungen des Abg. Marx vom Zentrum wie ein roter Faden der Gedanke, daß die Hauptsache die Konfessionalität sei und daß schon deshalb die Einheitschule abgelehnt werden müsse. Ja, er bezeichnete die Befestigung der konfessionellen Schulen direkt als nationales Unglück und meinte, daß das sozialdemokratische Schulideal sich überhaupt nur nach Umsturz alles Bestehenden durchführen lasse. Einen vermittelnden Standpunkt suchte der Kultusminister einzunehmen, aber wer den tieferen Sinn seiner Worte zu erkennen sich bemüht, der wird zu der Ansicht kommen, daß auch er im Grunde genommen der nationalen Einheitschule ablehnend gegenübersteht. Für eine nationale Einheitschule dagegen ist er zu haben, aber was er darunter versteht, darüber scheint er sich selbst noch nicht im klaren zu sein. Nur soviel ist sicher, daß auch er von dem konfessionellen Charakter der Volksschule nicht lassen will.

Genosse Hirsch begnügte sich nicht damit, unter Polemik gegen die Anhänger der Konfessionsschulen die Forderung der Einheitschule zu begründen, sondern er entwickelte auch in kurzen Zügen die gesamten Schulforderungen der Sozialdemokratie, wobei er besonders auch der Frage der Schulgesundheitspflege seine Aufmerksamkeit zuwandte. Ohne sich darüber zu täuschen, daß der Klassencharakter der Schule im Wesen des Klassenstaates wurzelt, zeigte er, daß trotzdem bei gutem Willen auch heute schon viel geschehen kann, um ein geistig und körperlich gesundes Geschlecht heranzuziehen. Am Montag wird der Bergelrat beraten.

Bauernfängerei.

Durch den Hinweis auf die Vergeltungsmagnahmen zum Schutze der deutschen Kriegsgefangenen will die „Unabhängige Nationalkorrespondenz“ die Aufmerksamkeit der im Felde stehenden preussischen Staatsbürger von der Frage der Wahlreform ablenken. Das Organ des fassam bekannten Dr. Frey Stephan Neumann schreibt:

Wenn nach diesem Kriege, symbolisch gedacht, die deutsche Politik zu dem deutschen Feldgrauen hintritt und sagt: „Hier in der rechten Hand habe ich dein preussisches Wahlrecht von 22/87 von Hundert auf 88/74 von Hundert vermehrt und in der linken Hand, da habe ich das Zeugnis dafür, daß ich durchgesetzt habe, daß jede feindliche Nation aus einem wehrlosen deutschen Soldaten als Mensch zu achten gezwungen worden ist“, so wird die Antwort ohne weiteres klar sein.

Diese Formulierung legt wirklich ein geradezu beleidigendes Maß von politischer Einfaltstapigkeit bei unseren Feldgrauen voraus. Vermittlungsweise werden diese antwortend: „Vergeltungsmagnahmen hin, Vergeltungsmagnahmen her“, — bieten denn diese Vergeltungsmagnahmen auch nur das geringste Hindernis dafür, die preussische Wahlrechtsreform in Angriff zu nehmen? Und zwar nicht eine Wahlreform, die unser bisheriges Wahlrecht, dessen Wert Herr Neumann selbst nur auf den Bruchteil eines einzigen Prozents veranschlagt, auf einen etwas größeren Bruchteil dieses Prozents erhöht, sondern eine Wahlreform, welche die untere Leistung allein entprechende völlige Staatsbürgerliche Gleichheit schafft! Es ist wirklich mehr als gedankenlos, den Feldgrauen sagen zu wollen: Weil wir mit Vergeltungsmagnahmen zu Eurem Schutze beschäftigt waren, hatten wir keine Zeit oder keine Möglichkeit, die Wahlreform zu machen.

Vergebliche Verleugungsversuche.

Als die Presse die ersten Enthüllungen über die Verschönerung der Kanzlerstürze bei Adlon brachte, da suchten die alldeutschen Organe abzuwehren, indem sie die ganze Konferenz als Werk völlig einfluß- und bedeutungsloser Personen hinstellten. Nach der Anklage des Abgeordneten Gaußmann am Freitag im Reichstag, welche die Hintermänner jenes lichtfeuren Treibens in hohem Umfange der Öffentlichkeit übergab, läßt sich diese Taktik nicht mehr aufrechterhalten. So befolgt man denn das alte Rezept, von den meistkompromittierten Personen möglichst weit abzurücken und sie zu verleugnen, wie Petrus weiland den Herrn. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“, eins der vom Alldeutschen Konfessionen angekauften Organe, will den Grafen Hoensbroech gar nicht kennen. Er sei niemals alldeutsch im Sinne irgendeiner Art von Vorteilsgünstigkeit gewesen.

Hierzu wird uns geschrieben: „Mag sein, daß selbst der Alldeutsche Verband Bedenken getragen

haben mag, eine solche politische Proteus-Natur als Mitglied aufzunehmen. Wie recht es aber mit seinen Mitverschworenen? Abg. Gaußmann hat in seiner Reichstagsrede eine Reihe von Namen genannt, deren Träger mit dem Grafen Hoensbroech zusammen ein Schreiben an den General Ludendorff richteten, das den Zweck verfolgte, den Reichskanzler Herrn v. Bethmann Hollweg durch den Feldmarschall zu erlegen; um dieses Ziel zu erreichen, müßten zwischen beiden scharfe Gegensätze geschaffen werden. Von den sieben namentlich angeführten Männern gehören aber mindestens vier den leitenden Körperschaften des Alldeutschen Verbandes an. Geheimrat Rirdorf ist sogar Mitglied der Hauptleitung, der außer dem Vorsitzenden Rechtsanwalt Clog nur noch Freiherr v. Gebharts und Erz. Grabow angehören. Zwei andere Unterzeichner dieser Eingabe, Rechtsanwalt Freigang-Chemnitz und Rechtsanwalt Bezold in Bauen, der Begründer des famosen „Verbandes zur reichen Niederwerfung Englands“, sind Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes, und der vierte Unterzeichner, Geheimrat Rörting-Hannover, Mitglied des erweiterten Vorstandes. Der Name eines fünften Unterzeichners ist in dem geistigen Pressebericht mit Prof. Dr. Schmelzer-Hannover angegeben. Hier liegt wahrscheinlich ein Irrtum bzw. Hörfehler vor, es dürfte Prof. Dr. Welker-Hannover gemeint sein, der Vorsitzende der dortigen Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes. Das wären also schon fünf Unterzeichner dieser unglaublichen Eingabe, die hohe, zum Teil höchste Ehrenstellen in der Organisation des Alldeutschen Verbandes bekleiden. Von den noch übrigbleibenden beiden Unterzeichnern, von denen Fürst Otto zu Salm-Horstmar Mitglied der konservativen Fraktion des preussischen Herrenhauses ist, haben wir im Augenblick nicht feststellen können, ob und welche Stellen sie im Alldeutschen Verbands einnehmen; daß sie beide aber, insbesondere Admiral v. Knorr, in innigsten Beziehungen zum Alldeutschen Verbands stehen, geht schon aus dem Inhalt seines Organs, der „Alldeutschen Blätter“, und den amtlichen Sitzungsprotokollen hervor.“

Wir sind gespannt, ob angesichts dieser Tatsachen die Alldeutschen ihre Verleugnungstaktik aufrechterhalten werden. Wer denkt bei dieser übrigens nicht an das Wort eines Dichters, der den Alldeutschen sonst gar nicht sympatisch ist, den sie aber in diesem Falle genau studiert zu haben scheinen, an Heinrich Heine, der die Verse schrieb:

Manster nich nicht, mein schönes Kind,
Und grüß' mich nicht unter den Linden. . . .

Die Alldeutschen würden unter ganz leichter Veränderung des Lokalkolorits den Vers vielleicht umdichten, indem sie die Hoensbroech, Rirdorf, Knorr ufm. ansehen:

Manster nich nicht, mein lieber Sobd,
Und grüß' mich nicht am Pariser Plog.

Eine Bundesratsverordnung zur Krankenversicherung.

Der Bundesrat hat in einer Beschlusssatzung vom 1. März einige Vorschriften aus dem Gebiete der Krankenversicherung und der Kriegswundenhilfe erlassen. Insbesondere können während des Krieges Leuzerzulagen an die der Dienstordnung unterstehenden Angestellten der Kasse unter bestimmten Voraussetzungen von den Vorständen der Krankenkassen bewilligt werden. Ferner wird der Grundlag weiter durchgeführt, daß Versicherte wegen ihrer Teilnahme an Kriegs-, Sanitäts- und ähnlichen Diensten keinen Schaden in ihren Mitgliedsrechten gegenüber den Krankenkassen, insbesondere auch hinsichtlich der Beiträge und des Ablaufs anderer für ihre Ansprüche wichtiger Zeitabschnitte erleiden sollen. Endlich wird zugunsten der Mütter unehelicher Kinder von Kapitulanten die Kriegswundenhilfe gewährt, wenn die Mutter als münderbemittel anzusehen ist.

Der Reichslöhler.

Wie der „Reichs-Anzeiger“ mitteilt, ist der Reichskommissar für die Kohlenverteilung bereits ernannt und amtiert seit 1. März in der Bubapfeifer Straße 5. Alle Eingaben wegen Kohlenbeschaffung sind an ihn zu richten.

Ein Weisbuch über Gefangenenbehandlung.

Dem Reichstag ist ein Weisbuch zugegangen, das eine Zusammenstellung der Vereinbarungen zwischen Deutschland und den feindlichen Staaten über die beiderseitigen Kriegs- und Zivilgefangenen enthält. Darin kann man nachlesen, wie gut es den Gefangenen ginge, wenn diese Vereinbarungen auch gehalten würden.

Wegen den Obstwucher.

Die vom Ächten Obstzüchterverband verlangten ungeheuerlichen Höchstpreise für Obst belämpft mit wuchtigen Ausführungen in der „Täglichen Rundschau“ Herr Oberpfarrer Schowalter. Nachdem er den vom Obstzüchterverband aufgestellten Preistarif wiedergegeben hat, ruft er entsetzt aus:

Das sollen Erzeugerhöchstpreise sein! Da gerade das Obst sehr dem Verderben ausgesetzt ist, müßte man dem Kleinhandel mindestens das Anderthalbfache, in vielen Fällen das Doppelte dieser Preise zugeföhren. Wer kann denn dann überhaupt noch Obst kaufen? Das Volk besteht doch nicht aus lauter Kriegsgewinnlern!

Mit treffendem Spott wendet sich Herr Schowalter, der selber praktische Erfahrungen im Obstbau besitzt, gegen das Argument, daß diese den Friedenspreis um 100 Proz. übersteigenden Höchstpreise als „Anreiz der Erzeugung“ dienen sollten:

Man denke: in dieser Zeit brauchen die Leute „Anreize“, um ihre Arbeit zu tun, um sich mit einem sehr ansehnlichen Gewinn zufrieden zu geben! So lange dieses Wort und die Gesinnung, die aus ihm spricht, nicht als Landesberrai gestraft wird, wird es nicht besser. . . . Wenn jemals das Wort vom „Anreiz der Erzeugung“ schlecht verhältig Gehörig war, so ist das im vorliegenden der Fall. Denn auch mit dem höchsten Anreiz kann nicht mehr Obst gewonnen werden als jetzt. Die Bäume, die daraufhin gepflanzt wurden, würden im Kriege doch nicht mehr zum Tragen kommen. Und die gepflanzten Bäume, die da sind, . . . tragen kein Pfund weniger, auch wenn nicht „Anreiz“ wird. Ober will man sie abhacken?

Dem ist wohl nichts hinzuzufügen.

Der Postverkehr mit Amerika.

In einer Antwort auf eine Anfrage des Abg. Heßler teilt der Staatssekretär des Auswärtigen mit, daß der Postdienst der Transocean G. m. b. H. von der amerikanischen Regierung bisher nicht behindert worden ist. Die hier verhandelnden amerikanischen Korrespondenten berichten weiter, ebenso umgekehrt der Postdienst von U. S. A. „Das Auswärtige Amt“, heißt es zum Schluß weiter, ist befreit, diese Dienste auszugestatten und zu vergrößern. Dies wird aber damit jetzt nicht mehr auszurichten sein!

Letzte Nachrichten.

Von allen Fronten.

Berlin, 3. März. (B. T. V.) Im Westen wurden zahlreiche Unternehmungen unternommen und führt ausgeführt. Besonders lebhaft waren trotz schlechter Sicht und teilweise düstern Nebel Patrouillenfahrten und Vorstöße im Ancre-Abchnitt, bei denen die Engländer empfindliche Verluste erlitten. Die Feindesaktivität war gering, nur gegen Abend verstärkte sie sich an einigen Abschnitten. Südlich der Somme herrschte geringe Kampfaktivität. Deutsche Vorstöße an vier Stellen fügten dem Gegner Verluste bei und brachten 5 Gefangene ein. In der Gegend von Boullin (Sous Louvent) nördlich der Aisne wurde nach heftigem feindlichem Artilleriefeuer gegen Abend eine Unternehmung abgewiesen. Starke Artilleriefeuer richtete sich gegen unsere Stellungen östlich Ancre. Die englischen Verluste bei dem Angriff östlich Souchez am 1. März waren schwer, 145 tote Engländer wurden gezählt.

Bei dem gemeldeten erfolgreichen Vorstoß östlich der Rara-jowa wurde die feindliche Stellung stark zerstört und 10 Minenfallen von 20 bis 80 Meter Länge gesprengt. Im Rumänien und Magdonien Schanzengräben und Schanzwerke.

Im Laufe des Februar brachten wir 4900 Gefangene, 89 Maschinengewehre und 30 Minenwerfer ein.

Die belgischen Arbeiter in Deutschland.

Berlin, 3. März. (B. T. V.) Im Hauptauschuß des Reichstags erwiderte auf Anfragen über die Zahl und Art der Verwendung belgischer Arbeiter in Deutschland ein Vertreter des Kriegsamts, Tausende von belgischen Arbeitern hätten nach ausländerlicher Bezahlung bei gutem Lohn in deutschen Betrieben die Arbeit aufgenommen, ja manche hätten ihre Brüder oder sonstige Verwandte nachkommen lassen; sie arbeiten unermüdet hinter der Front und im feindlichen Feuer, wofür die Belgier nicht herangezogen. In diesem Punkte habe die deutsche Verwaltung ein vollständig reines Gewissen.

Der Hauptauschuß des Reichstages hat in seiner heutigen Sitzung den Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei genehmigt.

Fischzufuhr aus Skandinavien.

Berlin, 3. März. Nach Aufhören der Frostperiode haben in Skandinavien die Heringsfänge wieder eingesetzt; frische Heringe, Heringlinge und Marinen werden daher in nächster Zeit wieder dem Konsum zur Verfügung gestellt werden können und durch die Fischorganisationen den Kommunen zugeleitet werden.

Die Preise werden überwacht und je nach den kommunalen Verhältnissen verschieden hoch sein. Im allgemeinen dürften sie im Kleinverkauf etwa betragen:

Für frische Heringe 0,90 bis 1,10 M. das Pfund (etwa 15 bis 20 Pf. das Stück, je nach Größe).

Für Heringlinge 1,60 M. das Pfund (etwa 25 bis 35 Pf. das Stück, je nach Größe).

Für kleine Heringe (Sprottheringe) 1,45 M. das Pfund.

Für marinierte Heringe (Kollmörse, Bismardheringe usw.) 2,20 bis 2,35 M. (etwa 30 bis 40 Pf. das Stück, je nach Größe).

Da höhere Preise genommen werden, wird man sich zweckmäßig bei einer Kommune beschweren oder die Preisprüfungsstelle anrufen.

Die französischen Sozialisten und Thomas' Schiedsgerichtserlaß.

Paris, 3. März. Die Wälder melden, daß das Direktionskomitee der sozialistischen Partei mit zwölf gegen elf Stimmen den Erlaß des Ministers Thomas bezüglich des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens bei Streiks in Gabeln für die Landesverteidigung gutheißt. Die Minderheit, darunter Languet und Mirral, nahm scharf dagegen Stellung und erklärte, das Dekret sei ein ungerechtfertigter Eingriff in alle Grundzüge des öffentlichen Rechts. Die Minderheit protestiert namens der Conferance générale du travail, die bekanntlich die Mehrheit der französischen Gewerkschaften darstellt.

Der Erlaß wird auf dem Nationalkongreß der Sozialistenpartei, der nächsten Montag in Paris zusammentritt, eingehend erörtert werden.

Bei dieser Gelegenheit wird auch die Frage bezüglich der Wiederaufnahme von Beziehungen mit deutschen und österreich-ungarischen Sozialdemokraten einer eingehenden Erörterung unterzogen werden.

Brau für Wilson?

Genf, den 3. März. (Telum.) Nach einer Meldung des Pariser „New York Herald“ hat Wilson erklärt, daß er, obwohl Pazifist, im Kriegsfall der Regierung Wilsons seinen Einfluß zur Verfügung stellen werde.

Die Kohlennot in Frankreich.

Paris, 3. März. Die „Petit Parisien“ aus guter Quelle benimmt, dürfte die Einführung der Kohlenkarte in ganz Frankreich bevorstehen. Die Kohleneinfuhr im Februar wird ein Defizit von 300 000 bis 400 000 Tonnen gegen den Durchschnitt der drei vorhergehenden Monate auf, die überzählig bereits eine beträchtliche Verringerung der Einfuhr erlitten hatten. Man kann in Frankreich augenblicklich auf nicht mehr als 8 1/2 Millionen Tonnen monatlich zählen, während der Bedarf 4 1/2 bis 5 Millionen beträgt. Durch die Ausschaltung einer gewissen Zahl Büge hat der Ausfall um etwa 10 Proz. verringert werden können. Der übrige Ausfall muß durch Einschränkungen gedeckt werden.

Tarifbewegung der Eisenerzarbeiter Schwedens.

Kopenhagen, 3. März. „Nationaltidning“ meldet aus Stockholm: Am Montag begann in Schweden ein großer Ausbruch der Arbeiter in den Eisenerzbergwerken, der ungefähr 25 000 Arbeiter umfassen wird. Die Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Arbeitsabkommens sind gescheitert.

Eisengeld in Skandinavien.

Kopenhagen, 3. März. Zwischen Dänemark, Schweden und Norwegen sind zur bestehenden Münzkonvention Abkommen getroffen worden, wonach die drei Länder in einiger Zeit ein gemeinsames Eisengeld einführen werden. Zunächst werden nur ein- und zwei-Oerschäkel geprägt.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegungen im Kriegsjahr 1915.

Wenn die Verhandlungsstände nach Ausbruch des Krieges befristet, alle bestehenden Streiks abgebrochen und während der Dauer des Krieges Streiks nur in den notwendigsten Fällen zu unterlassen, so bedeutet das kein Verzicht auf den Kampf zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Ein solcher Verzicht würde den Grundgedanken der Gewerkschaften widersprechen.

Die im Verlaufe des Krieges eingetretene ständige Steigerung der Ausgabe für die Lebenshaltung mußte die Gewerkschaften folgerichtig veranlassen, eine entsprechende Erhöhung des Lohnes herbeizuführen. Die Generalkommission gibt jedoch eine Darstellung über die im Jahre 1915 von den angeschlossenen Zentralverbänden geführten Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen heraus. Die zur Sicherung der Lohnsätze angewandten Mittel trugen den Zeitverhältnissen insofern Rechnung, als versucht wurde, das Ziel nach Möglichkeit auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Nur wenn alle Bemühungen vergeblich waren, mußte die Arbeitsverweigerung angewendet werden. Infolgedessen ist die Zahl der Kämpfe nur gering. Ihre Gesamtzahl beträgt 66 mit 2231 daran beteiligten Personen, darunter 681 weibliche. Von diesen Kämpfen waren 30 Angriffs- und 36 Abwehrkämpfe. Inherbeifanden sechs Ausperrungen statt. In der Durchführung dieser Kämpfe waren 11 Verbände beteiligt. Die Arbeitseinstellungen waren meist nur von kurzer Dauer. In einigen Fällen rechneten sie nur noch Stunden.

Die amtliche Statistik berichtet über 187 Streiks mit 11 680 und über 4 Ausperrungen mit 1227 Beteiligten. Ein Vergleich dieser Statistik mit der gewerkschaftlichen ist jedoch nicht angängig, da es sich bei den amtlichen Feststellungen vielfach um Arbeitseinstellungen handelt, die nicht von einer gewerkschaftlichen Organisation herbeigeführt resp. geleitet wurden. Die Zahl dieser Konflikte ist im Berichtsjahre sicher höher gewesen, als sie die amtliche und gewerkschaftliche Statistik ausweist.

Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen wurden von 28 Verbänden geführt. Ihre Gesamtzahl betrug 3888, sie umfaßten 816 246 Personen = 90,7 Proz. der gesamten an den Arbeitskonflikten beteiligten Personen. Von den friedlich verlaufenden Bewegungen waren 3171 mit 801 664 Beteiligten Angriffs- und 512 mit 14 682 Beteiligten Abwehrbewegungen. Von den gesamten 3740 Bewegungen mit und ohne Arbeitseinstellung erzielten 2553 mit 488 278 Beteiligten erfolgreich, teilweise erfolgreich waren 788 Bewegungen mit 208 884 Beteiligten, erfolglos blieben 98 Bewegungen mit 13 600 Beteiligten und von 24 Bewegungen mit 23 290 Beteiligten blieb der Ausgang unbekannt. Die Durchführung sämtlicher Arbeitskonflikte erforderte eine Ausgabe von 88 582 M., wovon 9726 M. auf Streikunterstützung kommen. Einen Erfolg durch alle diese Bewegungen hatten 731 334 Personen. Von den gesamten Arbeitskonflikten wurden 3891 durch Vergleichsverhandlungen beigelegt; in 31 Fällen wirkten bei dem Vergleich Räteverbände mit.

Das Gesamtergebnis aller Bewegungen ist zu verzeichnen: für 8097 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit von zusammen 26 120 Stunden wöchentlich, für 647 978 Personen eine Lohn-erhöhung von 1 448 704 M. wöchentlich und für 121 820 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Ferner konnten vornehmlich Verschlechterungen abgewehrt werden.

Die durch die Tätigkeit der Gewerkschaften erzielten Lohnauf-besserungen werden jedoch durch die statistisch festgestellten Ergeb-nisse keineswegs erschöpft. Diesem wurde mit Erfolg versucht, Leuzungszulagen zu erringen.

Nachstehend führen wir die Erzeugnisse einiger Ver-bände an.

Eine umfangreiche und erfolgreiche Tätigkeit zur Erreichung von Leuzungszulagen entfaltete der Bergarbeiterverband durch Eingehen an die Betriebsverwaltungen. In mehreren Fällen kam es zu plötzlichen ausbrechenden Streiks.

Der Bericht des Buchdruckerverbandes erstreckt sich auch auf das Jahr 1915. Durch Verhandlungen wurde das am 31. Dezember 1914 ablaufende Tarifverhältnis im Buchdruckgewerbe um ein Jahr verlängert. Dafür bewilligten die Unternehmer als freiwillige Leistungen monatlich Leuzungszulagen, abgestuft nach dem über das Lohnminimum hinausgehenden Verdienst, von 3 bis 8 M. für Ledige und 4 bis 10 M. für Verheiratete und für jedes Kind unter 14 Jahren eine besondere Zulage von 2 M. monatlich.

Der Holzarbeiterverband hatte im Anfange des Krieges stark unter Arbeitslosigkeit seiner Mitglieder zu leiden. All-mählich trat dann eine Besserung der Arbeitsverhältnisse ein. Auf längere Zeit blieben jedoch einzelne für den Export oder die Bau-tätigkeit eingerichteten Berufe von der Besserung unberührt. Bei den in der Holzindustrie bestehenden Tarifverträgen konnten Lohn-bewegungen nicht durchgeführt werden. Die Forderungen der Ar-beiter auf Zulagen wurden von den Unternehmern als Vertragsbruch bezeichnet. Schließlich kam aber doch auf Veranlassung der Arbeitervertreter zwischen den Zentralverbänden beider Verbände eine Vereinbarung zustande, durch die angesprochen wurde, daß beim Verlangen der Arbeiter nach Leuzungszulagen die Verord-nung nicht abgesprochen werden könne. Es wird den örtlichen Parteizeilen empfohlen, derartigen Wünschen der Arbeiter nach Mög-lichkeit entgegenzukommen. Es schloß dann auch sehr bald eine rührige Bewegung zur Erlangung von Leuzungszulagen in fast allen Orten ein.

Die Metallarbeiter berichten über Leuzungszulagen, die in 45 Orten genehmigt wurden. Die Zahl der Betriebe, der be-teiligten Arbeiter und die Gesamtsumme der gewährten Zulagen waren nicht vollständig festzustellen. Soweit die Zulagen zum Stundenlohn gewährt wurden, schwanken sie zwischen 2 und 20 Pf. pro Stunde, pro Woche zwischen 5 und 15 Proz. des Lohnes oder zwischen den festen Sätzen von 1 M. bis 450 M. Einmalige Leuzungszulagen wurden im Betrage von 12 bis 60 M. gewährt.

Im Sattlergewerbe überboten sich die Unternehmer in-folge der ungemein günstigen Konjunktur in der Gewährung von Kriegszuschlägen, um Arbeiter zu erhalten. Anfang 1915 laßen sich die Behörden veranlassen, dagegen einzuschreiten. Auf ihre Ver-anlassung kam es zum Abschluß eines Reichstarifs, wodurch die zum 1. April 1915 überall ablaufenden Ortsstarife aufgehoben wurden.

Die Zimmerer berichteten, daß im Jahre 1915 die private Bau-tätigkeit vollständig ruhte. Die Voraussetzungen für Lohn-bewegungen waren deshalb nicht gegeben. Es ist jedoch möglich gewesen, die in den laufenden Tarifverträgen vorgesehenen Lohn-erhöhungen zu erzielen. Sie schwanken zwischen 1 und 6 Pf. pro Stunde. Durch diese Steigerung der Lohnsätze wurden für 14 859 Mitglieder zusammen 15 167 M. Lohnserhöhung wöchentlich erreicht. 1322 Mitglieder erreichten eine Verkürzung der täglichen Arbeits-zeit um eine halbe Stunde.

Wie aus dem Bericht ersichtlich, sind die Gewerkschaften auch unter den durch den Krieg veranlaßten erschwerten Umständen nicht müßig gewesen, um mit Erfolg für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder tätig zu sein.

Deutsches Reich.

Rürbs in neuer Auflage!

Nach den schlachten Geschäften, die der Piederbaum Rürbs mit seiner Gewerkschaftskassette in Berlin gemacht hat, verlegt er nun seine erprobte Kassette nach auswärts. Die „Leipziger Volk-szeitung“, die in Deutschland mit Rürbs und seinen Gleichen die Verhinderung der Arbeiterorganisationen mit großem Eifer betreibt, stellt ihm ihre Spalten zur Veröffentlichung eines Aufrufs freund-

lichst zur Verfügung. Darin werden Zweck und Ziele der Ge-werkschaftsopposition bekanntgegeben. Rürbs will feststellen, in-wieweit die Gewerkschaftsopposition im Reich die einseitige Stellungnahme der Generalkommission und Zentralverbände der Gewerkschaften und ihrer Organe im jetzigen politischen Meinungs-streit billigen. Wird das eine Arbeit werden! — Wenn er wenigstens nur feststellen wollte, inwieweit die Gewerkschafts-opposition diese Stellungnahme nicht billigen. So hätte er, wenn seinem Antrage Folge geleistet würde, doch mit einigen hundert-tausenden Zuschriften rechnen, es sei denn, es machten sich etwa fünf Mann den Vor und erklärten dem Anwärter der Gewerkschaftskassette ihre Zustimmung zu der Haltung der Gewerkschaften und daraus würde R. den Schluß ziehen, daß alle anderen mit der Stellungnahme der Gewerkschaften nicht einverstanden sind.

Das soll also anscheinend der Zweck der neuen Gewerkschafts-opposition sein. Ihr Ziel: Nur „Massenbewegung“ Verbandslosigen mit den wichtigsten Leuzern in ihrer Gewerkschaft zu betrauen, um den allen Kampfcharakter der Gewerkschaften, der nach R. seit über einem Jahrzehnt futsch ist, wieder voll zur Geltung zu bringen und so auf den nächsten, nach dem Siege stattfindenden Gewerkschaftskongressen und Verbandstagen die jetzige antileitende Gewerkschaftsbewegung wieder auf die frühere, rechte Bahn zu leiten.

Ich wie oft sind schon Berufene vor Rürbs dem hohen Ziele zugeföhrt, die Gewerkschaften vor dem Hinabfallen auf der letzten Ebene zu retten. Doch immer ohne Erfolg, die „verjüngte“ Ge-werkschaftsbewegung ist nicht mehr zu retten. Vielleicht gelingt ihm das jetzt. Bisher sind alle Sonderorganisationsideen, gleichviel unter welcher trügerischen Etikette sie sich den Arbeitern anbieten, in der deutschen Gewerkschaftsbewegung als hoffnungslosler Ohn-wort verurteilt gewesen. Möglich, daß sich in dieser trostlosen Zeit einige Risikantige und Mißvergnügte finden, die dem Ap-kauf Rürbs folgen. Doch aber diese „Organisation“ in der deutschen Arbeiterbewegung irgend welchen Einfluß erlangen könnte, glauben wohl im Ernste selbst Rürbs und seine Helfershelfer nicht. Am gefunden Sinn der Gewerkschaftsmitglieder, die mit Recht stolz sind auf die nie erschütterte Einigkeit und Geschlossenheit der deut-schen Gewerkschaftsbewegung, werden alle diese Verführungsversuche ergebnislos zerfallen. Kommt es aber wirklich zu dieser Reiz-gründung, dann ist diese „Organisation“ wenigstens von einem „Massenbewegten“ Präses nicht in Sorge, der sich schon jetzt in so unheimlichiger Weise für deren Zustandekommen bemüht, Klumpen gehört eben zum Handwerk.

Gewerkschaftliche Agitation.

Nach der Lederarbeiterverband veranstaltet eine Agitationswoche, und zwar in der Zeit vom 26. März bis 1. April. Eine mit den Gauleitern Mitte Dezember abgehaltene Sitzung hatte die not-wendigen Vorberatungen gepflogen. Die am 23. d. M. erscheinende Nummer des Fachblattes wird als Agitationsnummer erscheinen. In Versammlungen, die sich mit dem Hilfsdienstgesetz beschäftigen, sollen die Berufsangehörigen aufgefordert und aufgemuntert werden, sich daran zu erinnern, daß zur Wahrung ihrer beruflichen und wirt-schaftlichen Interessen eine Organisation besteht, der beizutreten im eigenen Interesse jedermanns Pflicht ist. Solche bisher schon ab-gehaltenen Versammlungen hatten teilweise recht guten agitatorischen Erfolg für den Verband, so daß zu hoffen ist, daß die Organisation nach Verlauf der Agitationswoche neugekärft und gekräftigt für die Wahrung der Berufsinteressen ihrer Mitglieder wirksam ein-treten kann.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reußhof; für Inserate: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Siedtarts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Hierzu 3 Beilagen.

A. WERTHEIM

Ausstellung neuer Frühjahrs-Hüte, Blumen u. Garnituren

Garnierte Hüte

| | | | |
|---|-------|--|-------|
| Kleiner Taffethut mit Stroh-bordenrand | 7.50 | Großer Rundhut mit fecher Bandgarnitur | 23.50 |
| Strohbordenhut mit Kunst-seiden-Garnitur | 8.90 | Rundhut mit hohem Kopf und Flügel garniert | 27.00 |
| Moderner Basthut mit Blumen-oder Phantasie garniert | 13.50 | Tüllhut mit handgenähtem Strohkopf | 32.50 |
| Handgenähte Strohkappe mit Blumen und Band | 18.50 | Eleg. Tagal- od. Liserethut mit Seidenblende und Reiterphantasie | 36.00 |

Ungarnierte Hüte

| | | |
|------------|----------|-----------|
| Litzenhüte | Basthüte | Tagalhüte |
| von 3.00 | 3.50 | 8.50 an |

Hut-Garnituren

| | | | |
|--|-------------|---|-----------|
| Kleiner Garnierflügel | 45 Pf. | Flitterknopf in schillernden Farben | 45 65 Pf. |
| Phantasiefederschleife | 1.50 1.75 | Flitter-Agraffe od. Fächer | 1.10 |
| Moderne Flügel | 90 Pf. 1.25 | Flitterblatt oder Schleife | 1.50 |
| Phantasiefeder-Rosette mit Vogelkopf | 1.90 | Flitterstern mit Vogelkopf | 1.30 |
| Phantasiefeder-Vogel 2 tellig | 2.75 | Flitterband mit Vogelkopf | 1.75 |

Hut-Blumen

| | | | |
|--|--------|---|-------------|
| Margueritenstraub | 45 Pf. | Blumen-Agraffen | 85 Pf. 1.20 |
| Röschentuff mit Feldblumen | 90 Pf. | do do mit gefloch-tenem Unterrand | 2.10 |
| Blütenstraub oder Sammet-Röschentuff | 1.15 | | |

Neue Garnierschleier mit Gold-, Stahl-, Seidendurchzug 1.50 2.50



Damen-Paletot lose am cover- 53.00
contarigen Stoff mit losen Ostril

Damen-Jackenkleid 96.00
Kragen mit weiß Rippe oder schwarz Moire belegt, Jacke mit Selde goldtort

lose Form mit Ostril, aus Woll-stoff, bla. grau, schwarz, Jacke und Rock mit neuen Taschen

Kartoffelnot und freier Handel.

Von Otto Braun.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln ist zurzeit so mangelhaft, wie nie zuvor seit Ausbruch des Krieges. Darauf hat zurückzuführen ist, darüber geben die Ansichten naturgemäß weit auseinander. Die Regierung erklärt, ihre Maßnahmen zur Regelung der Kartoffelversorgung seien gut gewesen, ihr Verlangen sei lediglich durch den überaus schlechten Ernteertrag vermindert.

Sie haben hier bereits mehrfach dargelegt, daß die schlechte Ernte allein die zurzeit herrschende Kartoffelnot nicht entschuldigt, daß insbesondere das Kriegsernährungsgesetz, nachdem der geringe Ernteertrag offenbar geworden war, nicht die durchgreifenden Maßnahmen durchführte, die notwendig waren, um die Kartoffeln der Bevölkerung zu unterziehen und für die menschliche Ernährung sicherzustellen.

Die Kartoffelerzeuger wie auch die Händler, die ein großes Interesse daran haben, in der Verwertung ihres Produktes wie im Vertrieb der Kartoffel als Handelsobjekt möglichst unbeschränkt zu verfahren und zu können, machen vornehmlich die behördlichen Maßnahmen, Höchstpreise, Beschlagnahme und Verteilung, kurz die öffentlich-rechtliche Bewirtschaftung der Kartoffeln für die unzureichende Kartoffelversorgung verantwortlich. Sie fordern daher, möglichst alle Beschränkungen aufzuheben und den Handel wieder in seine Rechte einzusetzen.

Die Notwendigkeit dieses neuen Experiments auf dem an Experimenten so reichen Gebiet der Kartoffelversorgung nachzugehen, verfuhr der Syndikus des deutschen Kartoffel-Großhändlerverbandes Dr. Arno Schade in einer Schrift: „Das Kartoffelproblem“, die kürzlich erschienen ist. Was dieser Anwalt des Kartoffelhandels über das Verlangen der seitherigen Regelung auf dem Kartoffelmarkt in seiner Schrift vorlegt, ist zum Teil zutreffend und überzeugend, weniger überzeugend ist es aber, wenn er meint, durch eine freie Betätigung der Kartoffelhändler hätte die Kartoffelversorgung nicht verlagert. Die Händler mit ihrer Sachkunde und mit ihren vielfältigen Beziehungen würden durch Ueberredung von den Erzeugern mehr Kartoffeln, die richtigen Sorten und zur rechten Zeit herausholen.

Der Herr Syndikus scheint dann nur einen sehr wichtigen Umstand zu übersehen, nämlich den, daß der Kartoffelhandel diesen Erfolg nur erzielen kann, wenn die Hauptvoraussetzung für den freien Handel, die freie Preisgestaltung, gegeben ist. Die größte Jungenerntigkeit des Kartoffelhändlers und alle alten freundschaftlichen Beziehungen zu den Kartoffelerzeugern werden diese nicht veranlassen, die Kartoffeln zu einem Preise abzugeben, der den Friedenspreis um das Doppelte übersteigt, wenn sie sich durch Verfühlung oder sonstige Verwertung der Kartoffeln den drei- und vierfachen Gewinn sichern können. Nur wenn der Händler höhere Preise bieten und damit im Weiterverkauf die Konsumenten belästigen kann, dann würde es ihm gelingen, mit den unter normalen Verhältnissen erfolgreichsten Handelspraktiken den gewünschten Erfolg zu erzielen.

Diese freie Preisgestaltung kann aber auf dem Kartoffelmarkt nicht zugelassen werden, sollen sich bei der Versorgung der Bevölkerung mit diesem für die Volksernährung so ungemein wichtigen Lebensmittel nicht die gleichen skandalösen Verhältnisse herausbilden, wie sie der freie Handel mit Gansen und sonstigen freigelegenen Lebensmitteln geseitigt hat.

Das leuchtet wohl auch dem Verfasser ein, weshalb er in seiner Schrift einen Vorstoß für die zukünftige Regelung der Kartoffelversorgung macht, der eine freie Betätigung des Kartoffelhandels mit zeitweiser behördlicher Preisbeschränkung und geregelter Verteilung an die Verbraucher vorsieht. Unter

diesem „freieren System“ soll der Verkehr in Frühkartoffeln bis 1. September völlig frei bleiben, von da ab soll für das Herbst- und Frühjahrskartoffelgeschäft die von den Landwirten zu liefernde Menge, die Verbraucherration sowie der Produzenten- und Verbraucherpreis festgesetzt werden. Von Mai bis Juli soll dann wieder der freie Handel unbeschränkt wachen, und zwar ohne jede Preisbeschränkung. „Es würde dann Sache der „Spekulation“ sein“, meint Herr Schade, „Preise und Mengen genau bis zur neuen Ernte auszugleichen.“ Man könnte dann mit Sicherheit rechnen, daß die Preise nicht höher sein würden als die bis zum 30. April geltenden.

Uns scheint, daß nach den Erfahrungen, die bisher auf dem Lebensmittelmarkt gemacht wurden, mit Sicherheit darauf zu rechnen wäre, daß das Gegenteil von dem einträte, was der Syndikus der Großhändler, in dem Bestreben, diese wieder ins Geschäft zu bringen, in Aussicht stellt. Höchstpreise ohne Beschlagnahme und öffentliche Bewirtschaftung treiben die Waren vom Markt und freier Handel ohne behördliche Preis- und Verbrauchsregelung führt zu unerträglichen Preissteigerungen.

Das sind die Erfahrungen, die uns die seitherige Kriegswirtschaft zur Genüge gelehrt hat. Es wäre demnach geradezu verhängnisvoll, wollte man im Gewininteresse der Händler und Erzeuger wieder einen Versuch mit dem freien Handel auf dem Kartoffelmarkt machen. So schlimm die Verhältnisse in der Kartoffelversorgung zurzeit auch sind, dann würden sie sicher noch schlimmer werden.

Ueber dem Geschäftsinteresse des Kartoffelgroßhändlers steht die Volksernährung, und diese heißt nach den bitteren Erfahrungen in der Vergangenheit eine durchgreifendere öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffel, wie aller anderen für die Ernährung unseres Volkes wichtigen Rohstoffe.

Aus der Partei.

Nachmals das psychologische Rätsel.

Die gehen von und zitierte Stelle aus dem „Richtstrahlen“-Artikel Wehrings war durch einen Druckfehler entfällt, wir geben sie daher nochmals wieder:

Wenn wir Arbeiterschlagerei schaffen oder schaffen helfen, so schwächen wir nicht, sondern stärken den Kapitalismus und entfernen uns von unserem eigentlichen Ziele, dem Gemeineigentum; wenn wir gegen die Soldatenmishandlungen anstampfen, so schwächen wir nicht, sondern stärken den Militarismus und entfernen uns von unserem eigentlichen Ziele, der Willkür.

Wir erstellten dazu auch einen Brief Wehrings, in dem dieser die Richtigkeit des Zitats bekräftigt, das jedoch aus dem Zusammenhang gerissen sei, und in dem er weiter berichtet, daß er keineswegs ein Freund von Soldatenmishandlungen und ein Gegner von Arbeiterschlagerei wäre. Das hatten wir auch nicht behauptet. Sondern wir hatten behauptet, daß Wehring das von Genossen Anstalt wiedergegebene Zitat für „hantlozes Zeug“ erklärte, das er nie geschrieben habe und daß er es doch geschrieben hat. Das gibt Wehring jetzt zu. Im übrigen wird der Sinn des vorstehenden Zitats durch die nachfolgenden Sätze, die Wehring als den angeblich notwendigen Zusammenhang wiedergibt, nicht im mindesten verändert, worin sich unsere Leser selbst überzeugen mögen. Wehring zitiert die betreffende Stelle seines Artikels weiter:

Zuletzt erzählt in einer seiner Schriften, ein höherer Offizier habe ihm gesagt, weil eine Anzahl sozialdemokratischer Schreiber im Reichstage säßen, die jeden Mißstand mit ungeheurem Lärm an die große Glocke hängen, so streng sich die Oeconomieverwaltung an, alles zu vermindern, was eine sozialdemokratische Kritik hervorbringen könnte, und das Herr läme dadurch in eine sehr gute Verfassung. Sieht man von der geschmacklosen Form ab, so enthält diese Rede eine unbedeutende Wahrheit; es

liegt am unüberwunden Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus, daß er gerade da, wo er so funktioniert wie er vernünftigerweise funktionieren soll, dazu führen muß, die bürgerliche Gesellschaft zu stärken.

Unser Interesse an der Angelegenheit ist damit erschöpft.

Wie denken die Genossen im Felde? Unser Breslauer Parteiorgan, die „Vollmacht“, die mit Entschiedenheit seit Kriegsbeginn den Standpunkt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vertritt, kann die erfreuliche Mitteilung machen, daß sie am 3. März den Stand von fünftausend Abonnenten im Felde erreicht hat. Auch in der Heimat, in Breslau selber, hat sie einen stetigen monatlichen Zuwachs von 200 bis 300 Abonnenten zu verzeichnen. Ebenso gewann die Breslauer Parteiorganisation ohne jede Agitation im Februar eine erfreuliche Anzahl von neuen Mitgliedern.

Aus Groß-Berlin.

Wermuth gegen das Kriegswucheramt.

Der Berliner Magistrat hat, wie wir hören, unterm 2. d. Mts. eine vom Oberbürgermeister Wermuth gezeichnete Eingabe an den Minister des Innern gerichtet, worin er zu den Lebensmittel-Ressourcen, die gegenwärtig auf Berliner Wohnhöfen abgehoben werden, bzw. zu den Erklärungen des Kriegswucheramts in dieser Angelegenheit Stellung nimmt. Die Eingabe weist zunächst darauf hin, daß die Hauptverursacher des Lebensmittel- und Preiswuchers, an dem übrigens nicht etwa die jüdischen Kreise allein oder in besonders hohem Maße beteiligt seien, in der mannigfaltigen Organisation erblickt werden müsse, die nicht imstande sei, die auf dem Lande zur Verfügung stehenden Lebensmittelmengen den Städten zuzuführen. Um diesen Mangel zu beseitigen, sei der legitime Handel unerschütterlich. „Wir sind aber“, heißt es, „von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht worden, daß der anständige Handel es ablehnen wird, sich den Forderungen auszugeben, welche die in den Zeitungen so ostentativ geäußerten Polizeimahnahmen mit sich bringen, und wir halten uns für verpflichtet, unser Ergehen auf die schärfste Weise darzulegen, die mit einer Unterbindung und einem Abbruch des legitimen Einwahndels für Groß-Berlin notwendig verbunden waren. Mit nicht geringer Besorgnis erfüllen uns die Schritte in der Presse darauf, daß in Zukunft nicht nur der Handel, sondern auch die einzelnen Angehörigen unserer großstädtischen Bevölkerung auf den Wohnhöfen einer eingehenden polizeilichen Kontrolle daraufhin unterworfen werden sollen, ob sie Lebensmittel einführen.“ Die Eingabe betont dann, daß die Kontrolle der Einhaltung der Ausführbestimmungen denjenigen Kommunalverbänden übertragen bleiben müsse, aus denen die Waren ausgeführt werden sind, und weist darauf hin, daß so gewaltige Siedlungskomplexe, wie das Gebiet Groß-Berlins, erheblich ungünstiger gestellt sind als Mittel- oder Kleinstädte, in denen den Bürgern in umfangreicherer Maße Gelegenheit geboten ist, in Gärten, Paradiesen und auf dem Lande Lebensmittel zu ziehen und zu erwerben. „Den persönlichen Beziehungen zwischen den Einwohnern Berlins und dem umliegenden platten Lande einen Kiegel vorzuschieben, halten wir deshalb nicht nur für sehr bedauerlich, sondern vor allem auch für unbillig. Sogar kommt, daß die Art und Weise, in welcher die von den Polizeibehörden für erforderlich gehaltene Kontrolle nach den Preisermittlungen ausgeübt wird, für die Betroffenen und die Gesamtbefolkung etwas Verleidendes in sich birgt, so gut die Abwehr der polizeilichen Exekutivorgane sein mag, eine nicht unberechnete Minderleistung in der Bevölkerung zu erzeugen geeignet ist.“ Zum Schluß betont die Eingabe die Notwendigkeit, alles zu vermeiden, was die ordnungsgemäße Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln bedrohe, und andererseits auch von solchen Maßnahmen abzurück, die von der hauptsächlichsten Bevölkerung als Zurücksetzung gegenüber dem Lande aufgefaßt werden müßte.

Aus dem neuen Berliner Haushaltsplan.

Den Mitteilungen des Magistrats entnehmen wir folgende Ziffern: Als Zuschläge sollen erhoben werden 100 Proz. (wie

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeicomant

von Gabriela Sepolka.

XVII.

Wartowski in der Enge. — Janas' Schwestern und der Abt des Landes. — Die Abreise. — Herr Kommissar, der Gutsbesitzer aus Litauen. — Seine Grundzüge.

Als Kliski in die Kanzlei kam, sah Markowski am Schreibtisch und tat, als wäre er sehr beschäftigt. Mit jenem doppelten Blick, der speziell dem russischen Polizisten eigen ist, hatte er den Eintretenden sehr wohl bemerkt.

Die Luft war am Tage in der Kanzlei noch unerträglich. Kliski konnte kaum atmen. Markowski empfand in seiner ohnmächtigen Wut gegen Tagejewa eine große Schadenfreude Kliski gegenüber.

Endlich riß Kliskis Geduld. Er näherte sich dem Schreibtisch und sagte ganz laut:

„Verzeihen Sie, soll ich noch lange warten?“

Markowski erhob den Kopf und sah Kliski mit erheuchelter Herzlichkeit an.

„Ach, Sie sind es!“ sagte er, in seinen Papieren blätternd.

„Verzeihen Sie einen Augenblick!“

„Verzeihen Sie gütigst, aber in dieser Luft kann man ohnmächtig werden.“

„Was soll man dagegen tun? Es kommen die verschiedensten Menschen her. Das ist hier nicht wie im Boudoir einer Balletteuse. Es muß eben ertragen werden!“

„Was will die Polizei von mir?“

„Das ist eine andere Sache, bitte nehmen Sie Platz!“

Er hob Kliski einen Stuhl hin, nahm eine Feder zur Hand und begann leise mit der Kieme eines Untersuchungsrichters:

„Gedenken Sie noch lange hier zu bleiben?“

„Hier in der Kanzlei?“

„D, mein Gott, hier in unserer Stadt und überhaupt in Rußland?“

„Sie meinen in Rußisch-Polen?“

„Reinchtwegen!“

Jetzt begann Kliski ironisch zu lächeln.

„Ich bleibe so lange, wie es mir paßt.“

Nach kurzem Schweigen, währenddessen Markowski mit der Feder spielte, sagte er:

„Gewiß! Aber wenn wir Sie darauf aufmerksam machen, daß es für Ihre Sicherheit besser ist, wenn Sie so schnell wie möglich abreisen?“

„Für meine Sicherheit?“

„Ja!... Sie halten sich hier ohne einen bestimmten Zweck auf. Aber die Polizei, die über die Ordnung in der Stadt wacht, darf nicht leiden, daß fremde Leute ohne feste Stellung sich hier aufhalten.“

Kliski schüttelte ironisch den Kopf.

„D, welche musterhafte Ordnung! Welche polizeiliche Fürsorge!“ jagte er, wirklich erbaulich!

Markowski runzelte die Stirn:

„Ordnung muß sein!“ sagte er hart, „deshalb bitten wir Sie, die Grenze des russischen Landes so schnell wie möglich zu verlassen.“

Kliski hätte den Wachtmeister noch gern ein wenig gereizt. Aber er dachte an Horstis Warnung und an die traurige Janja und sagte nur:

„Mein Herr! Ich hatte ohnehin die Absicht, heute zu reisen, und ich reise. Doch tue ich es, weil es mir so beliebt, und nicht, weil ich es wünscht. Was hätten ihr mir getan, wenn ich länger hier bleiben wollte?“

Markowski erhob sich. Er lockte vor Wut, daß er mit Kliski mitreisen und seine Julia Tagejew überlassen mußte. Jedoch beherrschte er sich und entgegnete kalt:

„Wir hätten schon ein Mittel für Sie gefunden!“

„Ich zweifle sehr!“ entgegnete Kliski. „Wir haben ja einen Kanak und eine Regierung.“

Nichts vermag der Ausdruck des Lächelns wiederzugeben, das Markowskis Mund nach dieser Äußerung umspielte.

Kliski verneigte sich und verließ mit schnellen Schritten die Kanzlei, erfreut, daß er die Polizei und vor allem Tagejew um den Spott des erhofften Skandals gekostet hatte. Sie hatten nämlich darauf gerechnet, daß Kliski sich wehren würde und daß sie ihn mit der Krute hätten sprechen müssen.

Im Hotel packte er schnell seine Sachen. Er klingelte und verlangte die Rechnung. Als der Hausdiener sein Zimmer verließ, trat jener „Gutsbesitzer“ aus der Tür seines Zimmers und verlangte ebenfalls die Rechnung.

Heinbube war sehr betrübt, daß die beiden noblen Herren schon abreisten.

„Jetzt bleibt nur das Lumpenpack!“ sagte er und dachte an den verpfändeten Offizier, der heute Nacht einen Schutz abgegeben hatte, um die brennende Kerze auszulöschten und dabei den Spiegel durchbohrt hatte.

Markowski bestieg unauffällig das Rupee. Kliski, der am

Schalter seine Fahrkarte löste, hatte ihn gar nicht bemerkt. Dagegen bemühte sich der „Gutsbesitzer aus Litauen“ speziell um einen Platz in demselben Abteil, in dem Kliski fahren würde. Er hatte die Fahrkarte bereits gelöst, stand auf dem Perron und blickte nach dem Schalter zurück. Kliski erschien endlich und sprang in das erste beste Rupee. Ihn folgte der Gutsbesitzer. Gleichzeitig tauchte in einem Fenster des Nebenwaggons Markowskis Kopf auf. Der Lokomotivpfeiff erkante und der Zug setzte sich unter Rattengerassel in Bewegung.

Kliski befrat ein ganz leeres Rupee zweiter Klasse. Er öffnete das Fenster und nahm einen Gips ein. Ihm war recht schwer zumute. Als er vorhin in der Droschke über den Marktplatz fuhr, hatte er Janja im Fenster bemerkt. Sie war bleich und schien verändert. Kein Lächeln erhobte ihr Gesichtchen, als sie ihm zum Abschied zunickte.

„Es ist etwas Seltsames um die Äußerungen der Frauen!“ dachte Kliski unwillkürlich. Ein schwerer Ab schien über diesem ganz verlassenen und hoffnungslosen Lande zu liegen.

Während er sich diesen trüben Gedanken hingab, befrat plötzlich jemand sein Abteil und setzte sich ihm gegenüber.

Kliski erkannte sofort den „Gutsbesitzer aus Litauen“.

„Sie reisen auch schon ab?“ fragte ihn der Fremde in sehr höflichem Tone. Er sprach die polnischen Worte mit einem leichten Anflug von fremdartigem Akzent und in singendem Tone.

„Ja!“ erwiderte Kliski.

„Ich wäre beinahe nicht mitgekommen“, versetzte wieder der Litauer. „Im letzten Augenblick hatte ich Unannehmlichkeiten wegen des Passes. Ich hätte meine Abreise der Polizei früher melden müssen.“

„Ach“, erwiderte Kliski mit ironischem Lächeln, „mit der hiesigen Polizei wird man leicht fertig. Man schiebt ihr etwas in die Hand und die Sache ist erledigt.“

Der Litauer kniff die Augen zusammen.

„Was Sie sagen! Haben Sie es versucht! Und hat man es genommen?“

Kliski war froh, die Wut zu entladen, die in ihm seit dem Morgen kochte, und so erwiderte er ohne zu überlegen: „Natürlich! Ich habe dem Kerl, der mir seit dem Morgen auf Schritt und Tritt nachtröck, einen Rubel gegeben.“

„Und hat er ihn genommen?“

„Mit allen zehn Fingern!“

Der Litauer schüttelte den Kopf.

(Fortf. folgt)

im Vorjahre, 174 Proz. (176 Proz.) der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer, die in Form der Grundwertsteuer mit 2,10 M. vom Tausend (wie im Vorjahre) des gemeinen Werts der steuerpflichtigen Grundstücke erhoben wird.

Einnahmen (nach Abzug der Ausgaben) werden erwartet: 1. Aus Grundbesitz und Verordnungen 3 824 110 (im Vorjahre 7 524 190) M., 2. bei den städtischen Werken 4 492 480 (3 211 920) M., 3. aus Steuern 118 552 000 (104 982 000) M. (Darunter Einkommensteuern 65 700 000 M., Gemeindegrundsteuern 28 800 000 M., Gewerbesteuern 16 000 000 M.).

Ausgaben (nach Abzug der Einnahmen) sind unter anderem erforderlich: 1. Beim Unterrichtsweesen 33 648 600 M. (33 742 450 M.), 2. Armenwesen 17 715 240 M. (19 328 980 M.), 3. Kranken- und Gesundheitspflege 11 109 810 M. (11 287 550 M.), 4. Polizei, Gerichts-, Standesämter, Müllabfuhr und Arbeitsnachweis 10 995 000 M. (10 703 750 M.), 5. öffentliche Beleuchtung, Straßenreinigung, Park- und Friedhofverwaltung 8 754 450 M. (8 866 370 M.), 6. Verwaltungskosten 22 172 450 M. (21 914 190 M.).

Wie er einen Schulschwänzer verfolgte.

Zu den Klagen der Berliner Schulkommissionsvorsitzer über Zunahme der Schulschwänzer in den Gemeindeschulen erzählt in der „Pädagogischen Zeitung“ jetzt ein Rektor von seinen Erfahrungen bei Verfolgung eines hartnäckigen Schwänzers. Er selber sagt, daß die Verfolgung von Schulschwänzern außerordentlich schwierig und darum unwirksam sei. Wegen eines Knaben, der am 5. Januar zu schwänzen anfing, schickte er der Mutter die vorgeschriebene Aufforderung, sich doch mal in der Schule sehen zu lassen. Da sie nicht kam, so riefte er am 13. Januar an die Schulkommission eine Anzeige, die ausnahmsweise den Hinweis über die Schuldeputation machen mußte, weil der Schüler nicht im Besitz einer für seine Schule zuständigen Kommunion war. Inzwischen schwänzte der Junge weiter, ohne daß etwas gegen ihn getan wurde, und der Rektor schrieb dann am 20. Januar die zweite Anzeige, am 27. Januar die dritte, am 3. Februar die vierte, am 10. Februar die fünfte! Endlich am 14. Februar erhielt er die erste und zugleich die zweite Anzeige zurück; der Schulkommissionsvorsitzer hatte beide am 30. Januar ausgegeben, und das betreffende Schulkommissionsmitglied hatte am 7. Februar die Ermittlung vorgenommen. „Fast fünf Wochen hatte der Junge also“, sagt der Rektor, „schwänzen können, bis den Leuten jemand ins Haus rückte. Die Aussicht, die ich erhielt, war die der Schwänzerangelegenheiten: Die Mutter sagt, sie schicke den Jungen jeden Morgen zur Schule; Vermahnung der Mutter usw. Ergebnis: der Junge schwänzt weiter!“

Wahrscheinlich erklärt sich diese denn doch ungewöhnliche Langsamkeit der Verfolgung aus besonderen Umständen. Aber auch bei regelrechtem Verlaufe dauert das in Berlin übliche Verfahren unermüdet lange, weil sich zwischen Schule und Familie die Schulkommission schiebt. Wenn die Verfolgung der Schulschwänzer durch die Schule selber besorgt werden könnte, so wäre das ein Gewinn. Die Großstadtverhältnisse erschweren das, aber so ganz passiv hätte in dem geschlossenen Fall auch der Rektor nicht zu bleiben brauchen. Die Gewissenhaftigkeit, mit der er eine Anzeige nach der anderen schrieb und der Dinge harzte, die da kommen würden, wirkt eigentlich beläufig. Niemand hindert ihn oder den betreffenden Klassenlehrer, bei hartnäckiger Schwänzererei eines Jungen und ebenso hartnäckigem Schweigen der um Abhilfe gebietenden Schulverwaltung, einmal selber nach dem Rechten zu schauen und selber dem Jungen „ins Haus zu rücken“.

Als in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in Berlin die Schulkommissionen geschaffen wurden, hoffte man, daß fortan kein Kind mehr sich dem Schulbesuch längere Zeit unbemerkt würde entziehen können. Daß noch im Jahre 1917 die hier wiedergegebene Geschichte möglich sein würde, hätten die Berliner von Anno dagumal sich gewiß nicht träumen lassen.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Vom nächsten Montag ab kommt die Fleischzulage von 100 Gramm in Begleit, sodas nur 250 Gramm Fleisch pro Kopf zur Verteilung gelangen.

Außer drei Pfund Kartoffeln werden wieder vier Pfund Kohlraben verteilt. Kartoffelkarteninhaber, die diese drei Pfund Kartoffeln nicht erhalten können, sind berechtigt, vom Freitag, den 9. bis Sonntag, den 11. März, auf jeden der sechs blau markierten Kartoffelabschnitte 100 Gramm Gebäck bei Berliner Bäckern zu entnehmen. Der Wechselabschnitt der Brotkarte berechtigt auch in der kommenden Woche nur zur Entnahme von je 200 Gramm Gebäck.

Auf Abschnitt 39 der Lebensmittelkarte entfällt je ein Pfund Kriegsmehl. Der Abschnitt ist nur in den durch ein Ausschließungsschild mit grüner Schrift auf gelbem Grunde gekennzeichneten Geschäften gegen Empfangsbcheinigung abzuliefern und zwar nur am 5., 6. und 7. März.

Die Versorgung der Speisewirtschaften mit Mehl zu Kochzwecken wird vom nächsten Montag ab so geregelt, daß diese Betriebe Mehl auf Quittungen nicht mehr beziehen dürfen. Die Zuteilung erfolgt auf Grund der abgelieferten Fleischkartenabschnitte durch die zuständigen Obmänner der Lebensmittelkommissionen für das Gastgewerbe. Labengeschäfte dürfen also in Zukunft Mehl auf Quittungen an die genannten Betriebe nicht mehr abgeben.

Das neueste Kriegsgebrot.

Die neueregelten Vorschriften für Groß-Berlin werden in den nächsten Tagen wieder eine Änderung erfahren. Das Direktorium der Reichsgetreidestelle hat nämlich festgestellt, daß vom 1. März ab Roggen und Weizen mindestens bis zu 94 Proz. ausgemahlen sind. Diese Festsetzung gilt für alles Brotgetreide, das die Reichsgetreidestelle oder ein selbstwirtschaftender Kommunalverband den Wählern zum Ausmahlen übergibt. Für die Verteilung von Brot aus Mehl, das zum Mindesten von 94 Proz. ausgemahlen ist, ist der Zusatz besonderer Streckungsmittel nicht erforderlich. Solche Streckungsmittel werden daher von der Reichsgetreidestelle nicht mehr überwiesen, sobald und soweit die Kommunalverbände mit hoch ausgemahlenem Mehl versorgt werden. Damit aber die Kommunalverbände durch den Verlust der Streckungsmittel nicht genötigt werden, die Extraktionen herabzusetzen, wird ihnen auf Antrag von dem 94 Proz. Mehl über die zurzeit geltende Tageslohnmenge von 200 Gramm hinaus eine weitere Menge bis zu 10 Proz. des Bedarfsanteils ihrer versorgungsberechtigten Bevölkerung überwiesen.

Für Groß-Berlin liefert die Reichsgetreidestelle bereits vom 10. März ab nur noch Mehl, das zu 94 Proz. ausgemahlen ist. Anstatt des 94 Proz. Mehls können Kommunalverbände, deren Bevölkerung an den Gemüch von Schrotbroten gewöhnt ist, Schrot erhalten. Auch die Herstellung des Weizensauszugsmehl wird soweit eingeschränkt, daß nur noch kleine Mengen, die zur Ernährung von Kranken notwendig sind, geliefert werden.

Unzufriedenheit mit der Post.

Seitdem die letzte Briefkastenleerung auf 10 Uhr abends und die erste auf gegen 1/8 Uhr morgens festgelegt worden ist, mehren sich die Klagen über verzögerte Zustellung der Postsendungen. Diese Klagen von ihrem Einwurf in den Briefkasten bis zu ihrer Befreiung im allgemeinen 6-8 Stunden; es ist aber keine Seltenheit, daß sie erst nach 10-12 Stunden befreit werden. Auch mit der Rohrpost bapert es; die Annahme, daß eine Rohrpostsendung in etwa einer Stunde befreit ist, hat man sich schon längst abgewöhnen müssen, meist dauert es 3-4 Stunden, ja sogar noch länger, ehe sie ihr Ziel erreicht. Die Berliner sind durch die Postverwaltung wahrhaftig niemals verwöhnt worden, die heutigen Zustände überdauern aber das Maß des Erträglichen, selbst bei weitestgehender Berücksichtigung aller gegenwärtigen Schwierigkeiten.

Meldepflicht zum Hilfsdienst. Meldepflichtig sind die zwischen dem 30. Juni 1857 und dem 1. Januar 1870 geborenen,

nicht mehr landsturmpflichtigen Männer. Von der Meldepflicht befreit sind jedoch alle Personen, die mindestens seit dem 1. März 1917 im Hauptberuf tätig sind: im Reichs-, Staats-, Gemeinde- oder Kirchendienst, in der öffentlichen Arbeiter- und Angestelltenversicherung; als Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte oder Apotheker; in der Land- oder Forstwirtschaft; in der See- oder Binnenfischerei; in der See- oder Binnenschifffahrt; im Eisenbahnbetrieb einschließlich des Betriebs der Klein- und Straßenbahnen; auf Werften; in Berg- oder Hüttenbetrieben; in der Pulver-, Sprengstoff-, Munitions- oder Waffenfabrikation; in einzelnen kriegswichtigen Betrieben, die von den Kriegsamtsstellen für ihre Bezirke bezeichnet werden. Die Meldung geschieht mündlich oder schriftlich, durch Ausfüllung vorgeschriebener Meldelarten. Der Zeitpunkt der Meldungen, die Stellen, an die sie zu richten, und die Stellen, von denen die Meldelarten zu erhalten sind, werden in den öffentlichen Aufforderungen der Ortsbehörden zur Meldung bekannt gemacht.

Angenehme Schwefeln. Gegen den Mißbrauch, der mit sogenannten „Schwefelheimen“ vielfach getrieben wird, machen jetzt die Ärzte energisch Front. In einem ärztlichen Fachorgan werden einige besonders frasse Fälle berichtet. Ein Kindermädchen, das wegen größtenteils Vernachlässigung der ihm anvertrauten Kinder sofort entlassen werden mußte, tauchte kurze Zeit danach als „Schwefel“ auf und sammelte für ihr „Heim“. Eine schwer leidende alte Frau war von einer aus einem Schwefelheim gelangten Schwester befohlen worden. Die Polizei stellte fest, daß die Schwester schon siebenmal wegen Diebstahls schwer bestraft war. Trotz ihres Schadens mußte die Frau noch die Rechnung des Schwefelheims bezahlen, weil das Heim keine „zivilrechtliche Haftung“ für die von ihm ausgeschickten Schwestern übernimmt!

Im Zoologischen Garten ist wieder eine Zwergantilope geboren, nur so groß wie ein Schöckhündchen, aber doch mit Hörnern und Füßen ausgestattet, wie die großen Verwandten. Im Vorraum des Antilopenhauses wird dieses winzige unter allem afrikanischen Wild auf schartigem Laufplatz mit entsprechendem Zwergengänschen gezüchtet, weshalb der Berliner Volkswitz die zierlichen Inassen „die Tierchen auf dem Billard“ genannt hat. Das Junge ist natürlich für ein Kuller der Jagdwelt aller Kleinheit und Niedrigkeit, und doch muß man sich wundern, wie groß es im Verhältnis zu den Eltern ist.

Am heutigen Sonntag beträgt der Eintrittspreis zum Zoo und zum Aquarium während des ganzen Tages nur 25 Pf. für Erwachsene und Kinder. Von 4 Uhr nachmittags findet Konzert statt.

Rirkus Busch. Die Sonntagsvorstellungen weisen mit dem Märzbeginn ein um mehrere Vorstellungen bereichertes Programm auf. In der Nachmittagsvorstellung wird die Märchenpantomime „Die Geierprinzessin“ gegeben. Jeder Erwachsene darf ein Kind frei einführen und weitere Kinder zahlen nur halbe Preise. — In der Abendvorstellung sieht man die Wasserpantomime „Die dunkelne Stadt“ mit einem Riesentwisterfall, bewegten Wellen, Rajaden usw.

Rirkus Schumann. Das neue Märzprogramm bietet Neuheiten auf allen Gebieten. Die Pantomime „Die Seeräuber“ bleibt noch auf dem Spielplan; sie geht am heutigen Sonntag in beiden Vorstellungen in Szene.

Der „Graß vom Sahn“. Ein Schwindler, der viele Angehörige von vermögenden Kreisen betrogen hat, wurde am Freitag verhaftet. Es ist ein 26 Jahre alter Weller Erich Eberhardt, der schon länger kein Unwesen trieb. Eberhardt merkte sich aus den Anzeigen über vermögende Kreise die Wohnungen von Eltern, die nach ihrem Sohne suchten. Er ging dann zu ihnen, schwindelte ihnen vor, daß er mit dem Sohne zusammen gefangen genommen worden sei und den Eltern Grüße von seinem Kameraden zu überbringen habe. Beide hätten die Flucht aus der Gefangenschaft geplant und sich gegenseitig versprochen, beim Gelingen die Angehörigen des anderen aufzufinden. Geld sei er nur allein entkommen und so löse er jetzt sein Versprechen ein. Der Mann sagte dann, daß es ihm schlecht gehe, daß ihm sein wenig Geld gestohlen worden sei usw., und erhielt von den erfreuten Eltern nicht nur Essen, sondern auch noch bare Untersügungen, die er bald zurückzahlen versprochen. Jetzt ist es gelungen, Eberhardt, dessen Schwindelereien gut rentierten, hinter Schloß und Riegel zu bringen.

„Nur für reiche Leute.“ In unserer Kolitz in Nr. 33 und Nr. 40 teilt uns, nachdem die Firma C. A. Herbig seine bereits die Verantwortung für die betreffende Annonce abgelehnt hat, nun auch die Ringnische Radfahrverwaltung mit, daß die Verkaufsanzeige nicht von ihr herabzuziehen, sondern ohne ihre Genehmigung und ohne ihr Vorwissen durch einen Herrn veranlaßt worden ist, welchem der Preis durch leistungswillige Verfügung zugefallen ist. Mit der Feststellung der Tatsache, daß man einen vornehmen Pelz und dabei einen ordinären Gehmaß besitzen kann, schließen wir nunmehr die Akten über den weiland Ringnischen „Jodel mit Kamshafsa-Widerfragen“.

Aus den Gemeinden.

Wiederaufnahme des Unterrichts in den Charlottenburger Schulen. Der Unterricht in allen Charlottenburger Schulen wird Montag, den 5. März wieder aufgenommen. Um aber die Kohlen- und Koksversorgung der Bevölkerung nicht zu gefährden, sollen bis zum Schluß des Winterhalbjahres nur die unbedingt notwendigen Schulräume geheizt werden. In den Schulen mit Zentralheizung wird von jedem Doppelschulhaus nur eine Klasse geheizt werden, die dann von beiden Schulen abwechselnd vor- und nachmittags zu benutzen ist. Auch in den höheren Lehranstalten wird ein großer Teil der Räume nicht in Gebrauch genommen. Die Kinderchorie, das Schulfrühstück und die Mittagspeisung werden unverändert beibehalten.

Lebensmittelausgabe in Charlottenburg. Die Kartoffelzulagen verbleiben in der kommenden Woche besser zu werden, so daß der größere Teil der Bevölkerung in der Lage sein wird, drei Pfund Kartoffeln zu entnehmen. Beringt dies nicht, so ist am Schluß der Woche Gelegenheit, auf die Abschnitte 45A-C je 200 Gramm Gebäck zu kaufen. Auf jeden der vier Abschnitte der Kartoffelzulagekarte können je 100 Gramm Gebäck abgegeben werden. Außerdem wird abgegeben auf Abschnitt 42 der roten Nahrungsmittelliste bis zum 10. März 1/2 Pfund Stroh, Karnelebe oder Kunsthorn, auf Abschnitt 44 vier Pfund Roggkörner, auf Abschnitt 45 dem Donnerstags, den 8. März, ab 1/2 Pfund Graupen, auf Abschnitt 46 200 Gramm Mehl. Auf Abschnitt B der Haushaltsbezugsmarken werden sechs Packen Bakingpulver für große Haushaltsbezugsmarken und je drei Packen Bakingpulver für kleine Haushaltsbezugsmarken abgegeben. Von Sonnabend, den 10. März, ab erhalten die Einwohner auf die Voranmeldungen des Abschnitts D 100 Gramm Del oder 125 Gramm Bouillongextrakt für kleine Haushaltsbezugsmarken und 150 Gramm Del oder 250 Gramm Bouillongextrakt für große Haushaltsbezugsmarken.

Zeigwarenverteilung in Schöneberg. Der Magistrat verteilt auf Abschnitt Nr. 83 der Lebensmittelkarte 200 Gramm Zeigwaren. Die Anmeldung beim Kleinhandeler findet Montag, den 5. Dienstag, den 6. und Mittwoch, den 7. März, statt. Spätere Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

Wiederaufnahme des Schulunterrichts in Lichtenberg. Nachdem die Schwierigkeiten in der Beschaffung von Heizungsstoffen für die städtischen Schulgebäude beseitigt worden sind, wird der Unterricht in allen Lichtenberger Gemeinden, mittleren, höheren und Fortbildungsschulen am Montag, den 5. d. M., in vollem Umfang wieder aufgenommen. Alle Schüler und Schülerinnen haben sich nach einer Bekanntmachung des Lichtenberger Magistrats zu der ihnen bekannten Zeit in den Schulen einzufinden.

Eine besondere Gewerbesteuer in Friedrichsfelde. Der Gemeindevorstand in Friedrichsfelde hat beschlossen, der Gemeindevertretung die Einführung einer Zweigleiderlassungssteuer zu empfehlen. Ge-

werbebetriebe, die in der Gemeinde nicht ihre Hauptniederlassung haben, sollen danach stärker als die eingetragenen Betriebe zur Gewerbesteuer herangezogen werden. Als Zweigleider soll das Anlage- und Betriebskapital dienen, weil in erster Reihe die größten und bedeutendsten Betriebe getroffen werden sollen. Hierzu rechnen in Friedrichsfelde die Berliner städtischen Elektrizitätswerke, die Lichtenberger Wasserwerke, die Große Berliner Straßenbahn und die Berliner U-Bahnen. Alle diese Betriebe arbeiten mit einem bedeutenden Anlage- und Betriebskapital, haben bedeutende Gewinne aus dem Gemeindebezirk Friedrichsfelde, zahlen aber nur verhältnismäßig geringe Steuerbeträge. Die Große Berliner Straßenbahn hat außerdem in fast allen Gemeinden, in denen sie Betriebe unterhält, eine Gebühr für die Straßenbenutzung zu zahlen, während diese Gebühr für Friedrichsfelde laut Vertrag ausgeschlossen ist. Der Gemeindevorstand von Friedrichsfelde rechnet aus der Zinssteuer mit einer Mehreinnahme von 20 000 M. Ferner hat die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Steuer für Zentren und Wettspiele von 5 auf 10 Pf. für jede Mark Eintrittsgeld zu verdoppeln. Der erhöhte Ertrag der Kennsteuer soll zur Deckung der Kriegsausgaben herangezogen werden. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Kennsteuer nicht von dem Verein für Hindernisrennen, sondern von den Besuchern getragen wird; denn der Verein hat nach Einführung der Steuer die Eintrittsgelder bedeutend erhöht.

Verlängerung der Kälteferien in Friedrichsfelde-Karlshorst. Die Eröffnung sämtlicher, wegen Ersparung von Heizmaterial geschlossener Schulen findet noch nicht am Montag statt. Die Schulen bleiben noch auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Reiz bleibt bei 170 Proz. Der vom Gemeindevorstand aufgestellte Entwurf zum Haushaltsplan sieht keine Steuererhöhung vor; auch der Zuschlag zur Einkommensteuer bleibt mit 170 Proz. unverändert. Der Entwurf schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 4 070 100 M. ab.

Lebensmittelausgaben aus Reiz. Vom Montag, den 5. März, ab gelangen zum Verkauf auf Lebensmittelkarte: Abschnitt 9 Rüböl (je Person 1/2 Pfund), Abschnitt 10 Mehl (je Person 200 Gramm), Abschnitt 11 Leberturkopschokolade (je Haushalt 1 Dose), Abschnitt 12 Schokolade in Alufolien (je Haushalt 1 Dose), Abschnitt 13 Heringe (je Person 1 Stück), Abschnitt 14 Sonderzuteilung.

Das Mehl wird nur bei den Kleinbäckern abgegeben, ebenso ist dort Fruchtfreude zu 65 Pf. das Pfund gegen Vorlage der Lebensmittelkarte zu haben.

Ohne Abschnitt können Zwiebeln, Pfeffer, Salz und Schwedische Streichhölzer in der Verkaufsstelle gekauft werden.

Nach dem 7. d. Mts. noch nicht eingelöste Mehlabschnitte 1 können in der Verkaufsstelle bis zum 10. d. Mts. zur Abgabe von Mehl vorgelegt werden.

Reisverkauf in Panlow. Vom Mittwoch, den 7. März, ab gelangt in den mit dem Verkauf von Speisefartoffeln betrauten Gemügeschäften Kartoffeln zum Verkauf. Auf Abschnitt 76 der Lebensmittelkarte kann ein Pfund entnommen werden. Die Teilnehmer an dem Kriegsgeldwesen haben bei der Anmeldung für die Woche vom 5. bis 11. März die Lebensmittelkarte behufs Abtrennung des Abschnittes 76 mit vorzulegen. Der Kaufpreis beträgt 22 Pfennig für ein Pfund. Der Kof ist in so reichlichen Mengen an die Wiederverkäufer verabfolgt, daß auf jede Lebensmittelkarte das vorgesehene Quantum eingekauft werden kann. Ansammlungen vor den einzelnen Verkaufsstellen können deshalb vermieden werden.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Friedrichshagen. Die nächste Mitgliederversammlung findet Mittwoch, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, im Pflanzhof bei Wilmersdorf, Friedrichstr. 112, statt. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Robert Schmidt: „Von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft“. Aus diejenigen Mitglieder sind eingeladen, die den Standpunkt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands vertreten wollen. Beiträge und Neuanmeldungen nehmen der Kassierer Max Godeer, Friedrichstr. 2, Hofpartierie links, und der Vorsitzende Richard Köderitz, Klutstr. 3, partierie, entgegen.

Soziales.

Kriegspatenschaften.

Auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen hat sich als besonderer Zweig die Uebernahme von Kriegspatenschaften von Kriegswaisen entwickelt. Diese aus dem edlen Gefühl der Dankbarkeit und Hilfsbereitschaft gegenüber den Männern, die an der Front ihr Leben gelassen haben, entspringenden Bestrebungen sind vielfach jedoch zu rein geschäftlichen Zwecken ausgenutzt worden. Einzelne Versicherungsgesellschaften haben den weit verbreiteten Wunsch nach Uebernahme von Kriegspatenschaften sich infolgedessen nutzbar gemacht, als sie mittels einer unvollständigen Werbetätigkeit ohne Rücksicht auf ein Bedürfnis und ohne Kenntnis der näheren Verhältnisse der Kinder und ihrer Mütter die Kriegspatenversicherung selbstständig betreiben. Um nun den ursprünglichen schönen Gedanken der Kriegspatenschaften in der persönlichen Anteilnahme und Fürsorge für die Kinder der Gefallenen wieder rein und fröhlich herzustellen, und sie damit auch zum Gemeinut des deutschen Volkes zu machen, ist ein Reichsverband für Kriegspatenschaften gegründet worden. Er soll, wie wir einem Aufruf des Arbeitsausschusses der Kriegswaisen- und Waisenfürsorge, unterzeichnet von Vorständen, Professor Franke, entnehmen, Fühlung und Bindung erwidern zwischen dank- und hilfsbereiten Menschen, und jenen akkurat vermaisten Kindern, denen der Kriegspate inneren Anteil und persönliche, je nach Lebensumständen und Veranlassung aufgerichtete Unterstützung widmen möchte.

Wir können nur wünschen, daß diese Bestrebungen den erhofften Erfolg zeitigen.

Bedürfnis Hausarbeiter zum Wechsel der Arbeitsstelle ebenfalls eines Kälteheims? Diese Frage ist im Hilfsdienstgesetz nicht klar geregelt. Nach § 9 dieses Gesetzes darf niemand einen Hilfsdienstpflichtigen (zu denen die Heimarbeiter auf alle Fälle gehören) in „Beschäftigung“ nehmen, der in einem Betriebe des Hilfsdienstes „beschäftigt“ ist oder in den letzten zwei Wochen „beschäftigt“ gewesen ist, sofern der Hilfsdienstpflichtige nicht eine Beschäftigung seines letzten „Arbeitgebers“ darüber beibringt, daß er die Beschäftigung mit dessen Zustimmung abgegeben hat. Das Kriegsamt in Halle, das sich mit der Streitfrage zu beschäftigen hatte, stellte sich auf den Standpunkt, daß es auf die Lage des einzelnen Falles ankommt. Es hielt infolgedessen einen Fabrikarbeiter, der zu Hause für einen Fabrikanten, Zigarren gefertigt, nicht als verpflichtet, bei einem Arbeitswechsel die besondere Zustimmung des Arbeitgebers zu beibringen. Der Hinweis des Unternehmers, daß er Versicherungen habe, wurde als belanglos angesehen. Der Vorsitzende des Kriegsamtes stellte sich auf den Standpunkt, daß hier dieselben Grundsätze maßgebend sind, wie auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung. In dieser unterscheidet man bekanntlich die versicherungspflichtigen „Heimarbeiter“ und die befreiten „Hausgewerbetreibenden“. Nach Ziffer 15 der Zuteilung des Reichsversicherungsamtes über den Kreis der nach der Reichsversicherungsordnung gegen Invalidität und gegen Krankheit versicherten Personen nehmen die Heimarbeiter im großen und ganzen dieselbe wirtschaftliche und rechtliche Stellung ein, wie die in der Fabrik beschäftigten Arbeiter, nur daß sie aus mehr äußerlichen Gründen im eigenen Heim arbeiten. Man wird dann den Begriff des Heimarbeiters als erfüllt ansehen müssen, wenn dieser einer gewissen Aussicht unerschrocken, regelmäßige Arbeitszeit oder Versicherungen einhalten muß usw. Die Hausgewerbetreibenden hingegen sind freier gestellt, indem sie selbst den Beginn und das Ende, den

Umfang und die Reihenfolge der Arbeit bestimmen, vielleicht zu mehreren Unternehmern gleichzeitig arbeiten, Rohstoffe oder wenigstens „Zutaten“ selbst beschaffen usw. Die neuere Rechtsprechung zur Reichsversicherungsordnung, namentlich des Reichsversicherungsamtes, ist generell, vorwiegend hausgewerblichen Betrieb anzunehmen, selbst bei Tätigkeiten in Fabriken usw. Hiernach hat die Handhabung des Hilfsdienstgesetzes eine gewisse Rechtfertigung erhalten; ist ein „Beschäftigter“ vom Unternehmer nicht zur Kranken- und Invalidenversicherung angemeldet, so steht man ihm nicht als Heimarbeitler an, sondern als Hausgewerbetreibenden, der nicht nötig hat, beim Wechsel des Arbeitgebers sich einen Nachschuß geben zu lassen und dem neuen Arbeitgeber vorzulegen.

Gerichtszeitung.

Ein gewerkschaftlicher Hoteldieb, der bei seinen Besuchen in den Hotelzimmern stets einen Revolver bei sich führte, stand Freitag in dem Hausdiener Johann Müller vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte, ein geborener Schweizer, pflegte in Gasthöfen der nördlichen Friedrichstadt unter fremdem Namen ab-

zuteilen. Bei günstiger Gelegenheit unternahm er dann Erkundungsfahrten durch die mit Werten belegten Zimmer. Die das Gepäck des Fremden darauf schlüpfen, daß es sich um einen wohlhabenden Gast handelte, so schlich sich Müller abends in das Zimmer ein, versteckte sich unter dem Bett und wartete, bis der Gast kam und sich zur Ruhe begeben hatte. Während er schlief, plünderte Müller dann seine Taschen, was in dem einen Falle sehr gewinnbringend war, denn er erbeutete über 1000 Mark. Kurz darauf verlegte er eine Hotelbesitzerin, deren Mann im Felde steht, in Todesangst. Er hatte hier auch ein Zimmer gemietet und wurde von der Besitzerin überfallen, als er in ihrem Privatzimmer Goldsachen stahl. Auf ihren erschreckten Ruf: „Nein, was machen Sie da?“, verbat sich der Angeklagte zunächst solche „Vorfälle“ und riet ihr, ruhig zu sein, sonst könnte es „mit der Sicherheit losgehen“. Dann zog er einen Revolver hervor und hielt ihn der Frau vor die Brust. Ebe jedoch ein Unglück geschah, schüchelte der Verbrecher, da er jeden Moment das Hinzukommen anderer Personen befürchtete. Er wurde später wegen anderer Verbrechen zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die jetzigen Ermittlungen betreffen er. Das Gericht kam aber zu einem Schuldbild und erkannte unter Umgehung der früheren Strafe auf vier Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht.

Aus Industrie und Handel.

Manganerzgesellschaft. Eine Verordnung des Bundesrates überträgt einer zu gründenden Manganerzgesellschaft das Recht des Abbaues von Manganerzen und Eisenerzen mit niedrigem Phosphorgehalt.

Die Maschinenfabrik Augsburg-Kürnberg und das Stahlwerk Beder wollen zusammen eine G. m. b. H. zur Uebernahme der neu zu erbauenden Hochöfenanlagen des Stahlwerks Beder gründen, welche der Duisburger Zweigniederlassung der Augsburg-Kürnberg-Maschinenfabrik Qualitäts-Rohmaterial liefern sollen.

Der tote Punkt. Die behördlich geordnete Syndizierung der B-Produkte (Wolle, Nahrung, Stäbchen, Drab) ist bereits auf dem toten Punkt angelangt, weil eine Reihe von Werken auf Grund ihrer großen Betriebserweiterungen im Kriege höhere Beteiligungsquoten auch im Frieden beansprucht.

Die Monopolisierung des Kohlenbergbaus wird jetzt ergänzt durch die vollständige Syndizierung des Kohlenhandels. Es sind vier neue Großhandelsorganisationen in Düsseldorf, Köln, Hagen und Duisburg, die die Kohlenhandelsförderung in ihren Gebieten verschleiern, gegründet worden.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen und verstorbenen Kollegen gewidmet.

Eisenach, Ernst, Heizungsmonteur,
geb. 20. 5. 88 zu Berlin

Gratz, Otto, Former,
geb. 17. 6. 91 zu Schlieben

Göldner, Paul, Mechaniker,
geb. 2. 9. 97 zu Berlin

Jordan, Paul, Drücker,
geb. 14. 2. 81 zu Charlottenburg

Kempin, Max, Dreher,
geb. 6. 8. 85 zu Berlin

Knape, Heinrich, Arbeiter,
geb. 11. 11. 96 zu Lichtenberg

Linde, Walter, Arbeiter,
geb. 20. 5. 89 zu Berlin

Mahlack, Georg, Arbeiter,
geb. 4. 8. 94 zu Gosen

Voigt, Franz, Schleifer,
geb. 31. 1. 81 zu Trilchom

Ehre ihrem Andenken!

131/8 Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- u. Staats- arbeiter, Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen

Hermann Seydel

von dem Berliner Steinbühnen.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 5. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dankes-Richtplatzes, Müllerstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung bei der Beerdigung des Kollegen ersucht
33/20 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Handlungs- gehilfen.

Ortsgruppe Groß-Berlin.
Am Mittwoch, den 28. Februar, starb nach kurzer Krankheit unser langjähriger Mitglied

Magdalene Wiefner

geb. Westphal.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 5. März 1917, nachmittags 4/3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
78/16 Die Ortsverwaltung.

Spezialarzt

Dr. med. Wockentau,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Haut- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 Tage),
Blutuntersuchung, Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Barbit-
216/107) strömung Teilzahlung.

Sprechstunden: 11—1 und 6—8.

Westmann's Trauermagazin

Größte Auswahl.
Billigste Preise.

L. Mohrenstraße 37a
(Kolonaden)

11. Or. Frankfurter Str. 115
(nahe Anhalter)

Auswahlsendungen sofort.
Ami. Zentrum 7891.

Samstag 12—2 Uhr geöffnet.

Hiermit allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber hochachtungsvoller Sohn und Bruder, der Grenadier

Karl Sommer

Grenad.-Regt. Nr. 3, 1. Bat., 3. Rp., im blühenden Alter von 20 Jahren als Opfer des Krieges am 14. Februar 1917 gefallen ist. 97/12

Im tiefsten Schmerz
Die trauernden Eltern
und Geschwister.

Karl Sommer.

Berlin-Mariendorf, Rothausstr. 4.

Wie ist es doch so schwer zu denken,
Daß Du nun nimmer lebst zurück.
Dein Schritt wird nie sich heimwärts lenken,
In Heimdehland vollzog sich Dein
Geschick.

Es fehlt in unserm trauten Kreise,
Dein froher Sinn, Dein fröhliches
Lachen.

Und klingen nicht mehr Deine
fröhlichen Weisen,
Die stets herbeigeklungen alle Sorg
und Schmerz.

Du schläfst nun jetzt den letzten
Schlaf.

Schreit von allen Schmerzen,
Das Blei, das Dich zu Tode traf,
Ist reichlich auch in unsern Herzen.

Nun, lieber Karl, ruhe sanft in
Frieden,
Gedacht, beweint und unvergessen
von Deinen Lieben.

131/16 Die Ortsverwaltung.

Am 23. Januar 1917 fiel infolge Leuchtstoffes mein innig-
geliebter Mann, der herzergütter-
Bater unseres Kindes, unser
lieber Bruder, Schwager, Sohn,
Schwager und Onkel, der Unter-
offizier

Artur Ermer

Jah. d. E. Nr. 11. 21.
im 32. Lebensjahre.

In namenlosem Schmerz
Anna Ermer
und Töchterchen Hildegard.

Wir haben gehofft, gehofft bis
zuletzt auf ein baldiges Wieder-
sehen, nun bist Du dahin, nichts
bringt Dich zurück. Und wir?

Alfred Ermer als Bruder,
s. 3. im Felde,
und Frau Ida.

Wartba Gahmann geb. Ermer
als Schwester.

Willy Gahmann,
Karl Wehner und Frau
als Schwägerinnen.

Fritz Schubert als Schwager,
s. 3. im Felde.

Gottfried Schubert geb. Wehner,
Karl Wehner als Schwager,
s. 3. im Felde.

Friedrich Wehner, 133

131/16 Die Ortsverwaltung.

Vom 12. Februar d. J. ist
wieder einer unserer besten Kol-
legen, der Maschinenarbeiter

Georg Mahlack

Kaufmann, Reichstr. 6
im 22. Lebensjahre. 193/8

Ein ehrendes Andenken be-
wahren ihm

Die Kollegen des Werkzeug-
bau, Kesselbau, Oberfläch.

131/16 Die Ortsverwaltung.

Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe (Deutscher Senefelder Bund). Berlin.

Berlin, Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15, Zimmer No. 67—68.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß folgende Kollegen als Opfer des Weltkrieges zu verzeichnen sind:

Paul Müller, Steindrucker,
gefallen am 2. Dezember 1916.

Emil Schultze, Steindrucker,
gefallen am 5. Februar 1917.

Oskar Böttcher, Steindrucker,
verstorben am 21. Februar 1917 an den Folgen einer schweren
Lungenentzündung.

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren!

109/14 Die Ortsverwaltung.

Von der Heimat fiel als
Opfer dieses Weltkrieges am
16. Februar, abends 11 Uhr, an
Boscher im Kampf gegen die Feinde,
von einem feindlichen Maschinengewehr-
geschossen getroffen, nach
1 1/2 Jahren schwerer Kämpfe und
Strapazen, im Alter von 45 Jahren,
mein lieber, guter Mann, unser
bergsamer Vater, der Land-
sturmann

Willi Abesser

Landw.-Inf.-Reg. Nr. 77.
In namenlosem Schmerz zeigen
dies an

Die tiefbetrübte Gattin
Witwe Alwine Abesser

Wiener Str. 56

necht 6 unwürdigen Kindern,
Söhne, Schwestern, Schwäger,
Schwägerinnen und Schwäger-
mutter. 13

Daß Du nun und gegangen bist,
Ich kann es noch nicht lassen;
Und alles soll zu Ende sein,
Was wir vereint geschaffen.

Wie hast Du geliebt, geliebt,
In Dich nur dich selbst gedacht;
Wingst nun so früh zur Umgekehrt —
Was hergen die paar Worte für
dieses, dieses Leid!

Am Mittwoch, den 28. Februar,
verstarb nach längerem schweren
Krankenlager unser bergsamer Vater,
Schwägermutter und Großvater

Albert Königsberg

im 60. Lebensjahre.

Dies zeigen hierdurch an
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet am
Dienstag, den 6. März, nach-
mittags 2 Uhr, im Krematorium
Berlinerstraße statt. 121

Kranke Spenden nicht erwünscht.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Kleinmeyer

Albert Königsberg

Gießerstraße 66
am 28. Februar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am
Dienstag, den 6. d. März, nach-
mittags 2 Uhr, im Krematorium,
Berlinerstraße 67/68, statt.

Rege Beteiligung erwartet
131/5 Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges starb
am 3. Februar 1917 infolge einer
schweren Gehirn-Entzündung mein
inniggeliebter, unerschütterlicher
Mann, unser guter, treuer, fröhlicher
Vater, Bruder, Schwager und
Onkel, der Armierungssoldat des
37. Armierungsbatallions, 1. Kom-
panie

Wilhelm Brüggemann.

Dies zeigen in tiefem Schmerz
an die trauernde Witwe

Marie Brüggemann
necht Kinder.

Du bist so schwer geschieden,
Du kennst geliebtes Herz,
Du hast nun Deinen Frieden
und mich den bitteren Schmerz.
Ragt Du in fremder Erde
zur Ruh' gebettet sein,
Da wohnt in unseren Herzen
Doch nie vergessen sein.

Ruhe sanft in Frieden,
Du gutes Herz,
Du hast den Frieden
und wie den Schmerz.

Münzen

kauft Hall, Münzenhdlg., Berlin
Wilhelmstr. 46/47. 13 9

B. Feder

Norden: Brunnenstrasse 1
Süden: Kottbuser Damm 103
Osten: Frankfurter Allee 359
Westen: Charlottenb., Scharrenstr. 5.
Esse Wilhelmsdörfer Straße
empfiehlt

bar Kredit

gegen und auf
in grosser Auswahl
zu annehmbaren Bedingungen:

**Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer**

in aparten modernen Formen

Weißlackierte Schlafzimmer
Farbige Küchen

Eisen- u. Messingbettstellen
Klubsessel und Klubsfas
Dielmöbel- u. Korbmöbel

Eigene Werkstatt
zur Anfertigung von
Polstermöbeln

Eise

im Alter von 21 Jahren.
Die tiefbetrübten Eltern

Hermann Wöhke

und Frau.

Berlin-Reinickendorf (Clt),
Bürgerstraße 22.

Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 6. März, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem Reinick-
endorfer Gemeinde-Friedhofe in der
Humboldtstraße statt.

Spezialarzt

Dr. med. Wockentau,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Haut- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 Tage),
Blutuntersuchung, Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Barbit-
216/107) strömung Teilzahlung.

Sprechstunden: 11—1 und 6—8.

Die 15 Jahre lang meine Mutter u.
tenente Erkrankungen höchster Inten-
denheit sind auf diese Weise
für
meine

**Alcolor-
Liquorfarben**

unwiderstehlich
buntes. In allen
Farbwarenverlei-
h. H. A. - Warenverleiher Otto
Weidel, Berlin-47, Lindenstraße 4.

Verein f. Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Montag, den 5. März, abends 8 Uhr, in der Neuen
Philharmonie, Köpenicker Straße 66/67.

„Die Einheitsschule“.

Dozentin:
Wally Zeppler.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Liniestr. 83-85.

Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Montag, den 5. März 1917, abends 7 Uhr:

Branchen-Versammlung der Metall-, Fasson- u. Revolverdreher sowie Dreherinnen

im Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15, Saal 1.

Tagesordnung:
1. Bericht des Kollegen Lauterbach: „Die Kriegs-
verletzten-Fürsorge und die Gewerkschaften.“ (Mit Lichtbildern.)
2. Branchenangelegenheiten.

In dieser Versammlung sind alle in der genannten Metall- und
Kleinmetallindustrie beschäftigten Metallarbeiter eingeladen.
Cher Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Bezirk 2, 3 und 4.

Dienstag, den 6. März 1917, abends 8 Uhr,
in den Andreas-Festsälen (Scholz), Andreasstr. 21:

Großer Lichtbilder-Vortrag

des Kollegen Lauterbach-Stuttgarter:

„Die Kriegsbeschädigten-Fürsorge in Deutschland“.

Da der Vortrag äußerst wichtig und interessant ist, erwarten
wir zahlreichen Besuch.

131/4 Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler u. Portefeuller Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! **Militär-sattler!** Achtung!

Wittwoch, den 7. März 1917, abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Stadtverordneten Gewerkschafts-Abteil
Klitter über: Das Einkommensteuer-Gesetz und die Arbeiter.
3. Jahresbericht der Branchenleitung. 4. Branchenangelegenheiten.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung, erwartet zahl-
reichen Besuch

139/13 Die Branchenleitung.

Gardinen

Berlin C 2Wallstr. 13
Spezialfirma: Gardinenhaus Bernhard Schwartz

